

Menschenrechtver- letzungen und poli- tische Repressalien in der Ukraine

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT 5

POLITISCHE VERFOLGUNGEN10

WILLKÜRAKTE DER RECHTSCHUTZORGANE 25

MEINUNGSFREIHEIT 39

XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT 44

Redaktionskollegium des Bulletins

- **Leonid Krawtschuk** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchownaja Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **TSARENKO Oleksander Mykhaylovych** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **VORONKOVA Valentyna Grygorivna** - Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **SHUTOV Mykhaylo Mykhaylovych** - Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **FEDYAKIN Oleksiy Ivanovych** - Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

Menschenrechtver- letzungen und poli- tische Repressalien in der Ukraine

ББК 66.3(4УКР)6
Н30

ISBN 966-507-173-4

© Zusammenstellung. Wochenzeitung «2000». 2005.
© Gestaltung. Entwurf. Verlag «Довіра»

AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHKEIT

Am 1. Juni behandelte die Werchownaja Rada den Bericht der Provisorischen Untersuchungskommission über die Einhaltung der verfassungsmässigen Menschenrechte und Bürgerfreiheiten in der Ukraine. Nachstehend werden Auszüge aus einigen Stellungnahmen veröffentlicht.

**Wiktor Musijaka,
Kommissionsvorsitzender und
Volksabgeordneter:**



Seit Bildung der Kommission am 21. April 2005 sind über 300 Schreiben und Beschwerden der Bürger über die Verletzung ihrer verfassungsmässigen Rechte und Freiheiten eingegangen.

Wie diese Anträge dokumentieren, verletzen die Rechtsschutzorgane unter dem Deck-

mantel ausserordentlicher Umstände massenweise die in der Verfassung verankerten bürgerlichen Grundrechte, u.a. Unverletzlichkeit der Wohnung, Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis, Achtung seiner Persönlichkeit und Schutz gegen Misshandlungen und Folter, persönliche Freiheit und Untastbarkeit.

49 v. H. aller Schreiben an den Präsidenten machen die Beschwerden über Gesetzübertretungen seitens der Rechtsschutzorgane aus, genauso betreffen 49 v. H. der Anträge an die Werchownaja Rada die Fragen der Einhaltung der Rechtsordnung.

Die meisten Beschwerden gingen aus den Kirowogradskaja, Luganskaja und Sakarpatzkaja Regionen, Kiew, Jalta und Donezk ein. Unter den schmerzhaften Problemen, auf die die Bürger hinweisen, sind insbesondere solche zu vermerken, die die Staatsanwaltschaft anbelangen, weil sie ihre Kontrollpflichten in bezug auf die Einhaltung der Gesetzlichkeit durch staatliche Machtbehörden nicht erfüllt. Des weiteren betreffen sie widerrechtliche Handlungen örtlicher Selbstverwaltungsorgane, speziell in Fragen der Bodenverfügung.

Ganz besonders sei auf die Schreiben hinzuweisen, die im Zusammenhang mit der Festnahme des Vorsitzenden des Donezki Regionalrats Boris Kolesnikow stehen, gegen den vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden war. Am 5. April stellte man zu diesem Zweck eine operative Untersuchungsgruppe. Am nächsten Tag, dem 6. April, wurde Kolesnikow um 12.30 Uhr nach einem Verhör im Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft von drei Beamten des Innenministeriums, alle mit Maschinenpistolen bewaffnet, festgenommen, dabei legte man ihm Handschellen an und beorderte ihn zur fluorometrischen Untersuchung.

Die Analyse des Festnahmeprotokolls und des diesbezüglichen Gerichtsbeschlusses deckt eine ganze Reihe von Gesetzeswidrigkeiten auf: im Protokoll sind weder Grund noch

Ort der Festnahme der verdächtigten Person angeführt sowie nicht angegeben, welcher Straftat die festzunehmende Person verdächtigt wird.

Wir stellten ebenfalls eine ganze Reihe von anderen Ungesetzlichkeiten fest. Eine der schwerwiegendsten besteht in der Verletzung des Rechts auf Schutz, auf Zulassung eines Anwalts zum Mandanten. Kolesnikow wurde nicht einmal mitgeteilt, er dürfe anwaltliche Dienstleistungen schon seit der Festnahme und nicht erst ab der Anklageverkündung beanspruchen.

Ich wurde von Kolesnikow um ein Treffen in dem SISO* gebeten, konnte aber die Anstalt nicht betreten. Ich wandte mich daran mehrmals, telefonierte ebenfalls mit dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt und versuchte, ihn zu einer entsprechenden Anweisung an den Untersuchungsrichter zu bewegen, weil laut Gesetz Verwandte und andere Personen zur festgenommenen Person zuzulassen sind. Gestern berichteten Massenmedien, dass die Sache dem Gerichtshof übergeben worden wäre. Kolesnikow behauptet dagegen, er habe keine Einsicht in die Unterlagen gehabt, weil sie ihm einfach nicht ausgehändigt worden sind.

Während wir die Umstände kennenlernten, kamen wir zum Schluss, dass die vorbeugenden Massnahmen gegen Kolesnikow geändert werden könnten. Auch stellten wir dem Untersuchungsrichter den Antrag, die Untersuchungshaft durch die Kaution zu ersetzen, -sagen wir, in einer Höhe, die von der betroffenen Seite festgelegt werden würde. Bis jetzt aber erfolgte keine Entscheidung seinerseits.

In bezug auf die Verhaftung des ehemaligen Gouverneurs der Sakarpatskaja Region Iwan Ryshak meint die parlamentarische Untersuchungskommission ebenfalls, dass in dem Fall zu einer anderen vorbeugenden Massnahme gegriffen werden konnte.

Die Kommission untersuchte darüber hinaus noch einen aufsehenerregenden Fall, nämlich die gesetzwidrige Entlassung Michails Resnikowitschs vom Posten des Gen-

eraldirektors und Künstlerischen Leiters des Russischen Dramatheaters namens Lesja Ukrainka. Resnikowitsch wurde nicht einmal über die Einleitung eines Strafverfahrens mitgeteilt. Über seine Entlassung erfuhr er ausschliesslich aus Presse. Wir sind überzeugt, dass für die Entlassung Resnikowitschs keine legitimen Gründe vorliegen.

Bald besetzen Personen in Gesichtsmasken den Markt in Dnepropetrowsk, bald das Energieversorgungsunternehmen Poltawaoblenergo... Bald werden Abgeordnete in Mukatschewo niedergeknüppelt, bald wiederholt sich der Rückfall in Ushgorod... Wären es wirklich reale Veränderungen im Verhältnis zwischen der Gesellschaft und der Staatsmacht?

Nina Karpatschowa, Beauftragte für Menschenrechte der Werchowinaja Rada,

stellte am Anfang ihrer Stellungnahme fest, dass in der Ukraine eines der fundamentalen Menschenrechte missachtet werde: das Recht auf Meinungsfreiheit und Information.

Die Welle der Unterdrückungen und Verfolgungen der Leiter und Journalisten von staatlichen und kommunalen Massenmedien nimmt zu. Augenblicklich beschäftigen wir uns mit den Beschwerden der Mitarbeiter der Fernsehgesellschaften HTH und Kiewskaja Rus über die Verletzung der Meinungs- und Informationsverbreitungsfreiheit. Unverhohlener Zensur werden regionale Massenmedien ausgesetzt. So wurde durch Überprüfung vor Ort in der Tscherkasskaja Region festgestellt, dass der stellvertretende Chef der staatlichen Solotonoschkaja Kreisadministration der Redakteurin der Zeitung „Wisnik Solotonischiny“ Olga Tschukmarowa mit der Entlassung angedroht hatte. Ähnliches gilt für die Chersonskaja, Rowenskaja, Tscherkasskaja, Sumskaja, Luganskaja, Charkowskaja, Poltawskaja, Chmelnyzkaja, Shitomirskaja, Iwano-Frankowskaja und Lwowskaja Regionen.

Gegen die ungesetzliche Entlassung des Generaldirektors des Nationalen Filmstudios namens Dowshenko, Wiktor Prichodjko,

wurde die Berufung eingelegt, und der Schewtschenkowskij Gerichtshof Kiew stellte ihn am 27. Mai in seiner Funktion wieder ein. Ich kann nicht umhin, auf die Entlassung Sergei Galtschenkos, Generaldirektor des Nationalen Taras-Schewtschenko-Museums hinzuweisen, der als der grösste ukrainische Textologe hoch angesehen wird.

Die Intoleranz der neuen Macht kommt aber in der Verfolgung der Lehrer zu ihrem schandhaftesten Ausdruck. An mich wandte sich u.a. Schuldirektorin Wassilina Dudkowsch, die in Starjy Kosow in der Iwano-Frankowskaja Region 26 Jahre lang gearbeitet hatte. Man entliess sie ohne weiteres, ohne den Mindestsatz einer einfachen Lehrerin erwogen zu haben. Wer würde doch unsere Kinder lehren?

Leonid Krawtschuk, der erste Präsident der Ukraine:

Die Regierung Wiktor Juschtschenkos besteht keine Prüfung in Demokratie. Ich hatte noch keinen Anlass, die vor der ganzen Welt verkündete Demokratie gegen eine neue demokratische Macht zu verteidigen. Sie stimmen wohl zu, dass der Staat nicht als demokratisch und seine Führer nicht als Demokraten bezeichnet werden dürfen, wenn Menschen wegen ihrer Überzeugungen verfolgt und eingesperrt, wenn und politische Opponenten niedergeschlagen werden, wenn keine Rücksicht auf Volksabgeordnete genommen wird, wenn Tausende Angestellte nur deshalb entlassen werden, weil sie unter Kutschma gearbeitet haben. Die stattfindenden Ereignisse erinnern an die Lageberichte von der Fronten des Grossen Vaterländischen Krieges. Wie sonst, wenn man im Fernsehen die Namen der Personen benennt, die zum Untersuchungsrichter vorgeladen werden, wenn sich Schlangen zu Verhören bilden und politische Psychose in der Gesellschaft geschürt wird? Dies alles bemerkt die neue Macht angeblich nicht, genauer gesagt, sie will es nicht sehen. Es gibt allen Grund, solche Handlungen als politische Repressalien zu



Leonid Krawtschuk

bezeichnen, die gesellschaftliche Ordnung und Zusammenhalt gefährden.

Nachdem die heutigen Führer unter dem Motto der gesellschaftlichen Konsolidierung und Eintracht an die Macht gekommen sind, vertiefen sie ausschliesslich die gesellschaftliche Spaltung und erfinden immer neue Spannungspunkte. Der Kampf gegen Korruption und Verbrechen mutiert zum politischen Kriminalshow, während die Korruption und Bestechlichkeit auf allen Ebenen neue skurrilere Blüten treiben.

In der Politik wurde nicht auf gesellschaftliche Einigung, sondern auf Suche der Feinde gesetzt, man löste eine richtige Hexenjagd auf die SDPU(V)* und Partei der Regionen aus, es gilt das berühmte Prinzip „Wer nicht mit uns, der ist gegen uns“. Der Bürger, der für Janukowitsch** gestimmt hat, gilt als moralischer Verbrecher schon aus

*SDPU (V) - Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte), die sich in der Opposition zur bestehenden Macht befindet

** Wiktor Janukowitsch - ehemaliger Premierminister der Ukraine, der in der Präsidentenwahl als der wichtigste Herausforderer Wiktor Juschtschenkos auftrat

diesem Grund. In den Reden des Präsidenten kommen immer öfter solche Begriffe wie „Feind“, „Verbrecher“, „Dieb“ vor... Der Staat entwickelt sich unaufhörlich zu einem Werkzeug der politischen Willkür und driftet zu einem Regime, wo über alles von einer Person bzw. Personengruppe entschieden wird, die durch verwandtschaftliche bzw. geschäftliche Claninteressen zusammengehalten wird. Statt befolgt zu werden, werden die Verfassung und die Gesetze nach dem Grundsatz der revolutionären Zweckmäßigkeit verletzt. An Stelle eines gesellschaftlichen Dialogs der Macht mit der Opposition treten politische Verfolgung der Opposition, Einschüchterung ihrer Führer, Erniedrigung der Ehre und Würde der Menschen, die es nicht verdient haben. Sagen Sie bitte, ob die Person, die hasserfüllt gegen ihre Opponenten vorgeht, einen Staat demokratisch regieren könnte? Statt die Entwicklung der demokratischen Grundsätze in der Staatsführung tritt immer mehr die Tendenz zutage, die Macht im Alleingang auszuüben. Das Gerichtswesen funktioniert nach dem Auswahlprinzip: die einen werden nach einem telefonischen Anruf von oben freigesprochen, die anderen aus sehr zweifelhaften Anlässen verhaftet.

Niemand kann abstreiten, dass die 18.000 stattgefundenen Rücktritte und Entlassungen in der Ukraine politisch motiviert sind. Im Gegenteil: es kann nur um einen Anfang gehen, weil insgesamt etwa 200.000 Beamte gezählt werden. Etwas Derartiges hat die Ukraine noch nicht erlebt. Die Situation kann nur als politische Säuberungswelle bezeichnet werden.

Man mache sich klar: 18.000 sind nicht einfache Statistik. Dahinter stehen Schicksale konkreter Menschen und ihrer Familien. Wie sind die Entlassungen von Hochschul- und Universitätsrektoren, Direktoren der Ober- und Berufsschulen sowie von mehreren Hauptärzten der medizinischen Einrichtungen überhaupt zu rechtfertigen? Vor kurzem wurde noch über einen Fall berichtet: in ein-

er Dorfschule in Wolynj hatten Polizisten eine Lehrerin unmittelbar in der Unterrichtsstunde festgenommen, vor dem Augen ihrer Schulkinder, dafür, dass sie während der Präsidentenwahl auf der Seite Janukowitschs gestanden hatte.

In der Sakarpatskaja Region beging vor einigen Tagen die Dorfrätin Elena Jakubinskaja Selbstmord. Die Frau konnte dem Druck seitens der neuen Macht nicht mehr standhalten. Ein krasses Beispiel liefert ebenfalls der politische Ameisenbetrieb um den FC „Dynamo“, an dem sich hochangestellte Beamte und Gerichtshöfe beteiligen. Die Ursache? Keine richtigen Klubeigentümer.

Meine lieben Freunde, hätte ich 1991 über die heutige Entwicklung geahnt, dass wir statt Demokratie politische Zügellosigkeit erleben würden, hätte ich das Beloweshje Abkommen** nie unterschrieben, lieber hätte ich mir die Hand abschneiden lassen.

■ **Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) leitete dem Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte Lucius Wildhaber Informationen zu, die die Verfolgungs- und Unterdrückungspraxis nach politischen Motiven in der Ukraine betreffen. Das Dokument wurde dem Präsidenten am 9. Mai im Rahmen des Runden Tisches ausgehändigt, auf dem die Einhaltung der Menschenrechte in der Ukraine und die Wirksamkeit der Arbeit des Europäischen Gerichtshofes für**

* Untersuchungsgefängnis

** Mit der Unterzeichnung des Beloweshje Abkommens wurde der Zerfall der UdSSR besiegelt, wodurch die Ukraine die staatliche Unabhängigkeit erlangte

Menschenrechte zum Schutz der Rechte der Ukrainer diskutiert wurden. Im dem Begleitschreiben an den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wird u.a. festgestellt:

„... In 100 Tagen der neuen Macht wurden über 18.000 Personen aus den staatlichen Verwaltungsorganen suspendiert, was eine direkte Verletzung des Gesetzes der Ukraine „Über den Staatsdienst“ darstellt.

Tatsächlich wurde die vollziehende Gewalt im Land von der regierenden politischen Gruppierung usurpiert, die durch ihr offizielles Schreiben richtungsweisend das Quotenprinzip der Verteilung staatlicher Ämter unter ihren Anhängern einführte. Dabei werden die Rechte der Personen missachtet, die auf diesen Ämtern zuvor tätig waren...

Es wurden über 200 Fälle der Diskriminierung der Menschenrechte und Verfol-

gung der Mitglieder unserer Partei aus politischen Gründen festgehalten. Doch es handelt sich nur um die Spitze des bürokratischen Eisbergs der neuen Macht. Menschen vor Ort sind durch Drohungen und praktischen Taten seitens der frischgebackenen Exekutivbeamten eingeschüchtert und haben kein Vertrauen der ukrainischen „Themis“ gegenüber.

...In der Ukraine etablierte sich der Massenterror auch im Informationsbereich. In Verletzung der Unschuldsvermutung sowie ohne Gerichtsbeschlüsse werden Bürger der Ukraine als Verbrecher behandelt, Verleumdungen ausgesetzt, der Freiheit beraubt und zum Selbstmord gezwungen“.

Die SDPU(V) macht alle Menschenrechtler und die juristische Öffentlichkeit des vereinten Europa auf himmelschreiende Bürgerrechtverletzungen in der Ukraine aufmerksam und ruft sie zur Unterstützung auf, um diesen schandhaften, unzivilisierten und illegitimen Handlungen der neuen Macht ein Ende zu bereiten.

POLITISCHE VERFOLGUNGEN

Politisch motivierte Entlassungen in der Beamtenschaft

■ **Der Pressestelle der SDPU(V) wurde eine vorlagengetreue Kopie des Schreibens des Chefs der staatlichen Ternopolskaja Regionaladministration, I. Stojko, an den Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der Ukraine für technische Regelung und Verbraucherpolitik, M. Negritsch, zugespielt. Es wird darin um Zustimmung zur Entlassung eines Beamten ersucht, die wörtlich aus folgendem Grund geschenen sollte: „Teschner N. J. ist aktives Mitglied der SDPU(V) und unterstützte während der Präsidentenwahl-Kampagne 2004 eindeutig Janukowitsch“.**

Die Pressestelle der SDPU(V) teilt mit: „In dem Schreiben wird festgestellt, dass „sich eine der wichtigsten Aufgaben des Aktionsprogramms des Ministerkabinetts der Ukraine „Den Menschen entgegen“ darauf richtet, Qualität und Konkurrenzfähigkeit einheimischer Waren sowie zivilisierte Verhältnisse zu fördern...“. Pathetisch wird auch bekundet, dass „im Mittelpunkt der Tätigkeit der volziehenden Behörden in Ternopol der Mensch, seine Lebensqualität und Sicherheit“ stünden. Zwar wird zugegeben, dass noch nicht alles klappt: Brot in Lebensmittelgeschäften entsoreche nicht den Standards, Fleischprodukte weisen eine abweichende Rezeptur und erhöhte Feuchtigkeit auf, statt zugelassenen 20 ml für 10 l Benzin würden auf Tankstellen 250 ml nicht eingefüllt usf. Faz-

it: „Weder die Interessen des Staates noch die der Menschen sind geschützt“.

Doch hauptsächlich geht es im Schreiben um die angestrebte Absetzung des Direktors des regionalen Zentrums für Standardisierung und Metrologie, Nikolaj Teschner. Obwohl der Chef der staatlichen Ternopolskaja Regionaladministration zugibt, nicht allein Teschner trage für alle regionalen Probleme Schuld, hebt er, wie oben erwähnt, den wahren Grund seines Anliegens hervor: „Teschner N. J. ist ein aktives Mitglied der SDPU(V) und unterstützte während der Präsidentenwahl-Kampagne 2004 öffentlich Janukowitsch“.

Wie kann ein Beamter eines staatlichen Exekutivorgans so was einem anderen staatlichen Amtsinhaber schreiben, empört sich die Pressestelle der SDPU(V), während Präsident Juschtschenko und Aussenminister Tarasjuk der ganzen Welt verkünden, im Unterschied zu manchen nächsten und entfernten Nachbarn hätten wir eine richtige Demokratie. In einem wirklich zivilisierten Land würde eine derartige Skandalaffäre dem Gouverneur seinen Posten und ein Gerichtsverfahren kosten.

Die Saporoshsckaja Regionalleitung der SDPU(V) teilt über Verfolgungen und Entlassungen der heutigen Macht nicht genehmer Bürger der Ukraine mit

Der ehemalige Bürgermeister von Energodar, die Saporoshsckaja Region, G. Jakowlew, der sich „nicht für den richtigen“ Präsidentschaftskandidaten eingesetzt hatte, wurde durch den Beschluss der Stadtabgeordnetenversammlung gezwungen, auf sein Amt zu verzichten. In den darauffolgenden zwei Wochen seiner Arbeit entliess der neuernannte Bürgermeister I. Mortschawka seinen ersten Stellvertreter, W. Djatschenko (Mitglied der Arbeitspartei der Ukraine), den Geschäftsführer des städtischen Kommunalun-

ternehmens. W. Grizaj (Mitglied der SDPU(V) sowie den Geschäftsführer des städtischen Marktes, N. Kozakow (Sekretär der Stadtorganisation der SDPU(V).

„Die heutige Exekutive verfolgt nur ein Ziel - alle zu vernichten, die gegen sie sind und über ihre eigene Meinung verfügen“, stellt in diesem Zusammenhang die Erklärung der Saporoshszkaja Regionalleitung der SDPU(V) fest.

Partei der Macht übt Druck auf den Stadtrat von Krasnoperekopsk

Darüber teilt die Pressestelle der SDPU(V) mit:

„Unter Missachtung des Rechts und aller demokratischen Grundsätze setzen die Vertreter der der heutigen Macht nahestehenden „demokratischen Kräfte“ ihre Kampagne der öffentlichen Schändung und des groben psychologischen Drucks auf die Mitglieder der SDPU(V) fort, die u.a. Wahlfunktionen innehatten.

Diese Erklärung stützt sich auf die Kopie eines Schreibens an den Stadtrat Krasnoperekopsks und das Mitglied der SDPU(V), W. Abissow. Darin wird er aufgefordert, einen „öffentlichen Austritt“ aus der Partei, die Entlassung seiner Stellvertreter zu erwägen, sowie „gemeinsam mit den Mitgliedern der Koalition „Kraft des Volkes“ würdige Kandidaten für freigestellte Ämter zu wählen“. Sollte er diesen Forderungen nicht nachgegangen sein, behielten sich die Unterzeichner „die Option, andere Massnahmen zu ergreifen“.

Es erübrigt sich in diesem Zusammenhang, auf die Legitimität sowie Verfassungsmässigkeit solcher Aktionen einzugehen, geschweige denn auf ihre moralische Seite. In Europa, in das die neuen Machthaber so eifrig gelangen wollen, würde es sicherlich ausreichen, um auf der Anklagebank zu landen.

Indem die Vertreter der machtfreundlichen

politischen Kräfte den Schutz der Bürgerrechte und -freiheiten zynisch deklarieren, betreiben sie mit aller Kraft die Politik der „Hexenjagd“ und rechnen mit ihren politischen Opponenten ab. Dabei greifen sie zu allen zugänglichen Mitteln und Methoden, einschliesslich Festnahmen der Leiter der regionalen Organisationen der SDPU(V), denen die Rechtsschutzorgane gefälschte strafbare Handlungen zur Last legen, wie z.B. in der Sakarpatskaja Region, sowie groben politischen Druck auf einfache Parteimitglieder.

Ewgenij Kuschnarjow, Ex-Gouverneur der Charkowskaja Region, erklärt, dass die Macht ihn, seine Familienangehörigen und Mitstreiter verfolgt:

„Was heute in der Ukraine ausgetragen wird, stellt eine zielgerichtete, gut geplante und von der Exekutivmacht gelenkte Aktion dar. In deren Rahmen gehen gleichzeitig zwei Prozesse vorstatten: öffentliche Schändung und strafrechtliche Verfolgung von vorhandenen und potentiellen Oppositionsführern sowie Aushebung der Beamten aus allen Schlüsselfunktionen der staatlichen Verwaltung und deren Ersatz durch Personen des präsidialen Vertrauens.

Die Zielsetzungen dieser Aktionen sind folgende:

Beseitigung und Diskreditierung aller existierenden und wahrscheinlichen Oppositionsführer;

Bildung eigener administrativen Ressourcen auf allen Ebenen der staatlichen Exekutive;

Vorbereitung des politischen Brückenkopfes zur Machtmonopolisierung während der Parlamenswahlen 2006.

Diese Zielsetzungen werden mithilfe einfacher und augenscheinlicher Methode erreicht:

geht es um einen Oppositionsführer, wird

* Block von regierungskonformen Parteien



Evgenij Kuschnarjow

versucht, ihn zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen;

geht es um einen staatlichen Amtsinhaber, wird über sein Schicksal mit einem Federstrich des Präsidenten entschieden.

Mit anderen Worten funktioniert in der Ukraine ein Fließband der Repressalien: wen Präsident Juschtschenko nicht entlassen kann, den verfolgt Innenminister Luzenko.

Eine regelrechte Welle politischer Repressalien setzte an, nachdem Wiktor Juschtschenko die Gesellschaft auf „Sieger“ und „Besiegte“ aufgeteilt und sich im verborgenen für die Verfolgung von mehreren grössten politischen Persönlichkeiten eingesetzt hatte. Sollte es wirklich um die Bestrafung der Schuldigen gegangen sein, wäre die Verfolgungswelle bereits nachgelassen. Doch sie hält an, und tagtäglich werden neue strafrechtliche Verfahren eröffnet, die neue und immer neue Menschen betreffen! Nur diese Tatsache reicht heute bereits aus, um seine Arbeit zu verlieren.

Vor kurzem gab die Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Menschenrechte, Nina Karpatschowa, bekannt, dass ihr von den Bürgern der Ukraine bereits 66.000 Beschwa-

erden über Repressalien und Verfolgungen wegen „fälscher ideologischer Eistellung“ eingegangen seien. Diese Zahl verdeutlicht die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine auf eine aufschlussreiche Weise. Im Grunde genommen, kehrt unser Land in die 30er Jahre zurück, als sich der Staat in Spitzel, politische Häftlinge und deren Henker einteilen lies.

Nach der Revolution wurde die ganze Ukraine wie mit einem Zauberstab in zwei Kategorien eingeteilt: „Verbrecher“ und „fleckenlose Bürger“. Dabei kam es sonderbarerweise so vor, dass alle Verbrecher in der östlichen Ukraine leben, während alle tadellosen Bürger in der westlichen! Welch eine interessante geografische Besonderheit! Mehr noch: um Verbrecher und gesetzestreue Bürger leichter sortieren zu können, wurden alle Verbrecher blauweiss, während ehrwürdige Bürger orangen* gestrichen! Hat jemand nur über ein einziges Verfahren gegen den Vertreter oder Sympathisanten der neuen Macht gehört? Ich persönlich habe davon keine Ahnung.

In der Aktion geht es keinesfalls um konkrete strafrechtliche Verfahren, die nach faktisch begangenen Verbrechen eröffnet werden, d.h. die Taten sind aufgeklärt, untersucht, vors Gericht gebracht bzw. geschlossen... Es geht um einen endlosen Verfolgungsprozess, bei dem ein Verfahren nach dem anderen initiiert wird! Hat sich eine Sache als unhaltbar und unbegründet herausgestellt, wird sofort etwas Neues heraufgeschaufelt. Bemerkenswert ist ebenfalls, dass alle Anschuldigungen nicht nach aktuellen Tatbeständen erhoben werden, sondern nach Ereignissen in den längst vergangenen Jahren. Dabei werden die angeblichen Beweise nicht unter-, sondern sorgfältig gesucht und manchmal einfach zusammengefasst.

*Die politischen Kräfte auf Seiten Wiktor Juschtschenkos entschieden sich für orangene Symbolik, während die Anhänger Wiktor Janukowitschs für die weissblaue

Besonders auffallend ist, dass jegliche Anklagen gegen Oppositionsführer öffentlich getätigt und durch Massenmedien verbreitet werden. Fällt aber das strafrechtliche Verfahren in der Gerichtsverhandlung auseinander, entschuldigt sich keiner öffentlich. Die vollziehende Macht setzt faktisch darauf, dass die Anklagen an und für sich das gesellschaftliche Erscheinungsbild des Politikers beschädigen, während seine Reaktion als ein Rechtfertigungsversuch aufgenommen wird. Anders ausgedrückt, strebt die Macht keine Bestrafung, sondern die Schändung und Entwaffnung politischer Gegner an.

Jedes Mal wird die Anklage vor der Eröffnung des strafrechtlichen Verfahrens und dem Anfang diesbezüglicher Untersuchungsmassnahmen verkündet. Dadurch schreibt Minister Luzenko den Rechtsschutzorganen faktisch vor, wer konkret verfolgt werden sollte und was konkret zu beweisen wäre – dem Untersuchungsrichter bleibt nur noch, den Auftrag zu erfüllen. Mit anderen Worten geht jeder neue Strafprozess auf die Initiative Juri Luzenkos persönlich zurück, nicht der Untersuchungsrichter der Innenministeriums.

Massstäbe, Dauer und Methoden der Repressionen zeugen eindeutig von ihrem politischen Charakter.

Bereits vor fünf Monaten wurde mir persönlich von Herrn Luzenko folgendes Urteil ausgesprochen: „Kuschnarjow wird sitzen“. Zwar sagte er aber nicht, wofür und wie lange. Weil er das selber nicht weiss, doch die Rechtsschutzorgane arbeiten daran ganz eifrig seit diesem Augenblick.

Des weiteren möchte ich auf die zeitliche Abfolge der politischen Verfolgungen meiner Familie in den besagten fünf Monaten eingehen:

1. Einspruch der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine gegen gleichzeitige Ausübung der Funktionen als Vorsitzender der regionalen Abgeordnetenversammlung und Gouverneur der Region.

2. Klage des Neffen Wiktor Juschtschenkos* aus demselben Anlass (nach zwei Monaten des Gerichtsverfahrens wurde der Klage nicht stattgegeben).

3. Vorladung in die Generalstaatsanwaltschaft als Zeuge im strafrechtlichen Prozess über den Separatismus.

4. Eröffnung von über 10 strafrechtlichen Verfahren gegen meinen Schwiegersohn wegen seiner geschäftlichen Aktivitäten (bis dato sind fast alle geschlossen).

5. Öffentliche Diffamierung meiner Tochter, die als Dekanin an der CSU** tätig ist. Die Anschuldigungen beschränkten sich zwar darauf, sie sei Kuschnarjows Tochter. (Gott sei Dank, dass sich alle Professoren und Dozenten für ihren Schutz einsetzten, wieso sie vor einiger Zeit in geheimer Abstimmung zur Dekanin der Juristischen Fakultät einstimmig gewählt wurde).

6. Die Charkowskij Abteilung für Bekämpfung besonders schwerwiegender Verbrechen (OBOP) erstellt und leitet dem Gerichtshof ein Protokoll über Korruption zu. (Der Gerichtshof wies das Protokoll ab, da es unter grober Verletzung des Strafgesetzbuches zusammengestellt war und keine Schuldbeispiele meinerseits enthalten hatte).

7. Unbefriedigt mit diesem Ergebnis, leitet die OBOP noch zwei Protokolle der Staatsanwaltschaft zu. (Resultat: im strafrechtlichen Verfahren wird abgesagt, weil kein Tatbestand vorliegt).

8. Eröffnung eines strafrechtlichen Verfahrens in Sachen der finanziellen Tätigkeit der Stiftung „Neue Regionalpolitik“ (Resultat: alle Anklagen fielen auseinander).

9. Zahlreiche Anfragen seitens der Volksabgeordneten über die Untersuchung unterschiedlicher Fakten in bezug auf meine Freunde und Verwandten. Nach jeder Anfrage wird eine separate Kommission gebildet und

*Der 24-jährige Jaroslaw Juschtschenko wurde nach dem Sieg Wiktor Juschtschenkos stellvertretender Gouverneur der Charkowskaja Region

** Staatliche Universität zu Charkow

finden endlose Überprüfungen statt. Sie liefern keine Beweise, doch sobald eine Untersuchung zu Ende geht, fängt eine nächste an. Mit anderen Worten interessieren sich ihre Initiatoren nicht für das Ergebnis, sondern für den Prozess selbst: man überprüft, reibt die Nerven auf und lässt ruhig nicht arbeiten.

10. Initiierung meiner Abberufung aus der regionalen Abgeordnetenversammlung. Die offizielle Motivierung lautete auf Nichterfüllung des Wahlprogramms. Nachdem sie klanglos gescheitert war, wurde eine neue erhoben, diesmal auf Separatismus. (Die Initiatorengruppe wird von einem Berater des neuen Gouverneurs geleitet).

11. Vor kurzem wurden zwei weitere Verfahren eröffnet: das eine - wegen angeblicher Veruntreuung der sogenannten „Tschernobylmittel“, zu deren Verteilung ich überhaupt keinen Bezug gehabt hatte; das zweite - wegen angeblicher Kostenübertretung beim U-Bahn-Bau, wodurch für den Staat Schäden entstanden wären. Die Anschuldigung klingt von vornherein absurd, weil ausgerechnet meine Aktivitäten auf dem Gouvernerposten dazu beigetragen haben, das Projekt zu Ende zu führen, seinen Stillstand und demzufolge noch grössere Schäden für den Staat abzuwenden!

Die Macht lässt sich durch mehrere Beweggründe leiten:

1. Vorrangig geht es um ein ausgeklügeltes und kaltblütiges Programm zur Beseitigung aller oppositionellen Führer. Im Sog der revolutionären Stimmungen in der Gesellschaft und unter dem Deckmantel der gerechten und legitimen Verfolgung der Veruntreuer des Staatseigentums stellte sich die Macht zur Aufgabe, alle Andersdenkenden und potentielle Gegner des neuen Regimes zu beseitigen und sich den Weg zur unverhohlenen Diktatur in der Ukraine zu ebnen. Das beweist u.a. eine eindeutige Aussage Luzenkos, ihm sei die Situation ganz genehm, sollte nach seiner öffentlichen Anklage der betroffene Politiker sofort das ukrainische Staatsgebiet verlassen! Luzenko hat also nicht im Sinn, die wichtig-

ste Funktion der Rechtsprechung, die gerechte Bestrafung der Verbrecher, zu realisieren. Deshalb sind die Politiker, die der heutigen Ukraine ihren Rücken wenden, keine Verbrecher, die die Rechtsprechung befürchten, sondern verletzte Gegner des neuen Regimes!

2. Des weiteren erweisen sich losgebrochene Repressalien als persönliche Rache der ehemaligen Opposition an der ehemaligen Exekutive für die einst zugefügten Erniedrigungen. Wer ist heute Opposition? Die vorherige Exekutive! Und wer ist heute Exekutive? Die vorherige Opposition! Das sind zwei politische Mannschaften, die einfach ihre Plätze getauscht haben. Es handelt sich demzufolge um einen ganz gewöhnlichen Vergeltungsprozess, und deshalb lässt Wiktor Juschtschenko ganz bewusst die gleichen Ungesetzlichkeiten gegen die Opposition zu, die noch vor kurzem die alte Macht gegen ihn angewandt hat.

Nicht zuletzt geht es dabei um den logischen Abschluss der noch während der Präsidentschaftswahl gestarteten PR-Kampagne. In der vergangenen Wahl stufte Juschtschenkos Mannschaft die Macht als „verbrecherisch“ ein, bezichtigte sie der Ausplünderung des staatlichen Mittel und spielte gegen sie die ewige Unzufriedenheit der Bevölkerung mit bestehenden Machtverhältnissen aus. Jetzt ist diese „verbrecherische“ Macht gestürzt, doch die angesetzte PR-Aktion soll abgeschlossen werden. Wenn schon die Macht „verbrecherisch“ benannt wurde, sollte man diese Anschuldigung irgendwie beweisen! Am besten durch öffentliche Schändung und Bestrafung dieser Macht, deren ehemaligen Träger massenweise strafrechtlichen Verfolgungen ausgesetzt werden. Als Beweis dafür, dass diese Repressalien teilweise ein Spielchen für das Publikum darstellen, dient die permanente Erscheinung Luzenkos in Life-Sendungen,

*Maidan Nesaleshnosti (Unabhängigkeitsplatz) - Platz in der Mitte Kiews, auf dem Aktionen zur Unterstützung Wiktor Juschtschenkos stattfanden

wobei er vor dem Maidan* praktisch Rechenschaft über die geleistete Arbeit ablegt. Das hauptsächlichste Ergebnis seiner Aktivitäten sieht er nicht im Abbau der realen Kriminalität im Staat, sondern in der endlosen Erweiterung der Statistik in bezug auf Eröffnung von strafrechtlichen Verfahren gegen ehemalige Machttäger. Die heutige Exekutive strebt nur eine einzige Lösung des Konflikts an: die Opposition müsse in die Knie gehen, alle ihre Sünden beichten und auf weiteren politischen Kampf verzichten, - dann würde sie von der Macht in Ruhe gelassen und ihren Lebensrest auf ukrainischem Staatsgebiet verbringen dürfen.

Anklagen wegen Separatismus als politischer Auftrag

Die Generalstaatsanwaltschaft erhob gegen den Vorsitzenden des Luganskij Regionalrates, Wiktor Tichonow, und den ehemaligen Chef der Charkowskaja Regionaladministration, Ewgenij Kuschnarjow, Anklagen wegen Eingriffsversuchs in die territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Ukraine. Als vorbeugende Massnahme wurde für die beiden eine persönliche Bürgschaft gewählt.

Wie die Webseite polit-terror.info mitteilt, handelt es sich um die ersten Anklagen dieser Art in der Ukraine, die im Rahmen eines strafrechtlichen Prozesses durch die Generalstaatsanwaltschaft erhoben wurden. Es sei zu erinnern, dass sich Wiktor Tichonow und Ewgenij Kuschnarjow aktiv am Kongress der örtlichen Selbstverwaltungsorgane beteiligten, der am 28. November 2004 in Sewerodonezk, die Luganskaja Region, stattfand. Auf der Veranstaltung ging es um den unerlässlichen Übergang des Landes vom unitären zum föderativen Staatsaufbau. Es wurde des weiteren zur Bildung einer autonomen Ost-Republik im Bestande der Ukraine aufgerufen, sollte Wiktor Janukowitsch als gewählter Präsident

der Ukraine nicht anerkannt worden sein. Am Kongress nahmen Janukowitsch selbst sowie der Moskauer Oberbürgermeister, Jurij Lushkow, teil.

Der Vorsitzende des Luganskij Regionalrates Wiktor Tichonow hält seine Sache für einen politischen Auftrag, was er in einer Abendsendung des Fernsehkanals HTH* öffentlich erklärte:

„Man konnte deutlich spüren, dass der Untersuchungsrichter einen Auftrag erfüllte. Einen Auftrag, der aus den höheren Rängen kommt“. Nach seinen Worten, hatte man ihn zuvor bedroht und verlangt, die Funktion als Vorsitzender des Regionalrates niederzulegen. Tichonow erklärte, er habe versprochen, keine Namen zu benennen, aber nach der offiziellen Anklage fühle er sich von dieser Verpflichtung frei. „Das war Wiktor Topolow, der heutige erste stellvertretende Minister für Brennstoff- und Energiewirtschaft. Er sagte mir wörtlich: „Entweder legst du die Vollmachten des Vorsitzenden des Regionalrates ab oder wirst es noch bedauern“.

Der ehemalige Gouverneur der Charkowskaja Region Ewgenij Kuschnarjow stellt dazu fest: „Wiktor Juschtschenko verlangt einen gerichtlichen Prozess gegen uns... Ich persönlich setze alles daran, dass er stattfindet. Doch möchte ich die Szenaristen und Regisseure dieses politischen Spektakels warnen: in der Gerichtsverhandlung fallen wir selber ein öffentliches Urteil über die Leute, die die Ukraine in den Abgrund des Chaos und Hasses hineigestürzt und das ukrainische Volk auf „unsere“ und „nicht unsere“ gespalten haben“.

Ewgenij Kuschnarjow weist die von der Generalstaatsanwaltschaft erhobene Anklage wegen Separatismus kategorisch ab und beschuldigt die heutige Macht seinerseits

„Diese Anklage ist absurd und lächerlich. Sie fusst auf einer willkürlichen und verzerrten Auslegung der ukrainischen Ereignisse

im vorigen November, des Inhalts und Charakters meiner Teilnahme daran“.

Gleichzeitig schätzt Kuschnarjow die gegen ihn und den Vorsitzenden des Luganskij Regionalrates Wiktor Tichonow erhobenen Anklagen wegen Separatismus als „Vorbereitung des ersten politischen Prozesses in der neuesten Geschichte der Ukraine“ ein. Nach seiner Meinung fand die heutige Macht „kein anderes Mittel, unsere gesellschaftlichen Aktivitäten zu unterbinden“. Der Auftraggeber dieses Prozesses ist nach Kuschnarjow gut bekannt: „Bereits Anfang Juni brachte Präsident Wiktor Juschtschenko in Saporoschje seine Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck, dass die Generalstaatsanwaltschaft bislang „keinen einzigen Separatisten“ zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen habe. Solch eine direkte Anweisung des Verfassungsgaranten an die Rechtschutzorgane war bei weitem nicht die erste“. Darüber hinaus ist der ehemalige Chef der Charkowskaja Regionaladministration überzeugt, dass ausgerechnet die einstige Opposition, die heute an der Macht ist, die Verfassungsordnung in der Ukraine während der Präsidentenwahl 2004 ins Wanken gebracht hat.

„Es wird vorsorglich verschwiegen, dass die Anführer und Inspiratoren der „oranigen Revolution“* in der Woche vom 22. bis zum 28. November vergangenen Jahres mehrmals die Verfassung und die Gesetze der Ukraine auf das gröbste verletzt haben. Die Apotheose ihrer Ungesetzlichkeiten stellten die Eidleistung Wiktor Juschtschenkos als Präsident der Ukraine, die Bildung des sogenannten „Komitees für nationale Rettung“, Blockaden der zentralen staatlichen Exekutivorgane, die Ausrufung eines gesamtnationalen Streikes. Dadurch galt die verfassungsmässige Ordnung auf dem halben ukrainischen Gebiet tatsächlich nicht“.

Vorsitzender der Volksdemokratischen Partei erklärt über politischen Druck auf ihn und seine Parteimitglieder

■ Die Generalstaatsanwaltschaft sperrte die Konten der Volksdemokratischen Partei (NDP)*. Wie in diesem Zusammenhang die Zeitung „Ukraina i mir segodnja“ feststellt, nehmen die politischen Repressalien in der Ukraine eine neue und gefährliche Wendung: sie richten sich nicht nur gegen einzelne Personen, sondern gegen ganze Parteien. Die zynische Handlungsweise der Macht kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Diskreditierungskampagne gegen potentielle Herausforderer auf der Parlamentswahl 2006 ausgerechnet dann gestartet wurde, als sich der volksdemokratische Chef im Krankenhaus befand.

Walerij Pustowoitenko, Vorsitzender der NDP:

„Die Generalstaatsanwaltschaft nahm die NDP ins Visier und sperrte ihre Konten gerade dann, als ich nach einer Operation das Krankenbett hüten musste. Ob es zufällig war oder nicht, sei dahingestellt, obwohl solche Behörden kaum Zufälle in ihrer Arbeit zulassen. Die NDP ist eine Partei der politischen Mitte. Nachdem der 10. Parteitag über die selbständige Teilnahme an der Wahl 2006 entschieden hat, verspüren die Partei und ich persönlich erhöhte Aufmerksamkeit und

* Eine zentristische Partei in der Ukraine



Valerij Pustowojtenko

Druckausübung. Die Kontensperrung erscheint nur als ein Glied in der Kette. Dies alles zeugt davon, dass sich die Situation auch weiter kompliziert entwickeln wird.

Ich persönlich spüre auch bestimmten Druck. Wie sonst müsste ich den Fakt auslegen, dass mich der Untersuchungsrichter auf der Intensivstation anruft und zum Verhör vorlädt? Als der Generalstaatsanwaltschaft alle benötigten Belege zur Verfügung gestellt wurden, dass die Mittel - weswegen man die Konten sperrt - dem Staat längst überwiesen worden waren, erhob man eine andere Anklage: sie wären angeblich für die Wahl verwendet. In aller Verantwortung erkläre ich, dass die NDP keine Gelder für die Wahl überwiesen hat. Auch die Konten dienen keinen Wahlzwecken, weil sich die Partei selbst an der Wahl einfach nicht beteiligte. Im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen kann ich nur das Einzige sagen: einen Selbstmord durch Schuss begehe ich nicht!* Das ist ein politischer Auftrag rein-

*ach dem Sieg Schtschenkos Mannschaft kamen in der Ukraine die ehemaligen Minister des Inneren, des Transports und Kommunikationswesens um. Es werden Selbstmorde durch Kopfschuss vermutet.

sten Wassers. In der Partei zählen heute über 7.000 Volksabgeordnete aller Ebenen, und auf sie alle wird in den Regionen kolossaler Druck ausgeübt. Das Ziel scheint offensichtlich zu sein: sie und die Partei im ganzen zu diskreditieren.

Total werden ebenfalls Personen beseitigt, die früher in unterschiedlichen Machtbehörden tätig waren, unabhängig von ihren Funktionen. In einigen Regionen sind bereits 100 v. H. aller Kader ausgewechselt. Zur Kündigung werden leitende Mitarbeiter und Fachleute gezwungen, dabei spielt ihre gesellschaftliche (Volksabgeordnete) oder soziale Stellung (alleinerziehende Mütter) keine Rolle. Vor allem geht es um ein einziges Ziel - alle zu diskreditieren, die während der kommenden Wahl opponieren könnten. Ein krasses Beispiel dafür liefert die Entlassung des Rektors der Bukowinskaja Finanzakademie, der gleichzeitig die Regionalorganisation der Partei leitet.* Ähnlich entwickelt sich die Situation auf der Krim und den anderen Regionen.

Was wird damit bezweckt? Das gesamte System des territorialen Aufbaus zu ändern, eigene Vertrauensleute an die Machthebel zu hieven und über sie den Sieg auf den Wahlen aller Ebenen abzusichern, sei es Abgeordnetenversammlungen oder Bürgermeister in Städten und ländlichen Gemeinden. Es geht um eine sehr gefährliche Tendenz - noch vor der Wahl alle Opponenten aus den Exekutivorganen hinauszu drücken, Volksabgeordnete,

*Wie die Zeitung „Ukraina i mir segodnja“ mitteilt, wurde der Rektor der Bukowinskaja Finanzakademie, Wladimir Prjadko, nach der Anweisung des Finanzministers, Wiktor Pinsenik, entlassen. Wobei die ministeriale Sonderkommission, die die Hochschule im vergangenen April inspizierte, nichts an Wladimir Prjadko als Fachmann auszusetzen hatte. Die hauptsächlichste Grundlage für die Entlassung bildeten die von den regionalen Behörden erhobenen Anschuldigungen wegen „Agitation für den damaligen Machtkandidaten für den Präsidentenposten“.

Betriebsleiter, Schuldirektoren und andere angesehene Persönlichkeiten so zu diskreditieren, dass in Zukunft keine Konkurrenz zu befürchten wäre. Das ist für das Land sehr gefährlich.

Der Leiter der republikanischen Organisation der NDP auf der Krim Sergej Kunizyn erklärt seinen erzwungenen Rücktritt vom Posten des Ministerratsvorsitzenden der Autonomen Republik Krim in folgenden Worten:

„Wenn der Präsident und seine Mannschaft ungesetzlich handelten und für die Krim solche Kandidaten vorschlugen, die im Amt des Premierministers dem Frieden, der gesellschaftlichen Eintracht und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der autonomen Republik Schäden zufügen könnten, war ich kategorisch nicht einverstanden und sagte dem Staatsoberhaupt direkt in die Augen meine Meinung. Im Ergebnis wurde eine für die Krim akzeptable Persönlichkeit, eine Kompromissperson zum Premierminister, und 80 v. H. Fachleute aus meiner Mannschaft blieben in den vollziehenden Organen der autonomen Republik. Hätte ich keinen Kompromiss eingegangen, wären alle vernichtet“.



Sergej Kunizyn

Wladimir Dzonj, Leiter der Luganskaja Regionalorganisation der NDP:

„In der Luganskaja Region werden Hunderte Menschen zu Untersuchungsrichtern vorgeladen, wegen ihrer politischen Überzeugungen, die sie während der vergangenen Wahl äusserten. Wir brauchen ein Zentrum für rechtlichen Beistand, das die Rechte der betroffenen Bürger verteidigen könnte“.

Wladimir Dorosch, Leiter der Bukowinskaja Organisation der NDP:

„Die Macht hat bereits kleine und mittlere Unternehmerrkreise auf die Knie gezwungen: durch Haushaltskonditionen im laufenden Jahr, Steuern und so weiter. Da die nach Kiew zugeschickten Beschwerden nichts bewirken, müssen wir aktive Protestformen der Menschen unterstützen“.

Nach politischen Motiven werden Lehrer und Ärzte entlassen

■ In der Ukraine könnte sich bald die Praxis von Denunziationen und anonymen Anzeigen etablieren, schreibt die Zeitung „Nascha gazeta plus“. So sind in Dubno, die Rowenskaja Region, bereits ein Lustrationskomitee und ein sogenanntes Komitee des gesellschaftlichen Vertrauens (KOD) entstanden, deren Funktionen ziemlich ähnlich sind. Das KOD wird vom aktiven Teilnehmer der „orangenen Revolution“ Pjotr Komissaruk, Hauptarzt der überkreislichen Onkologiefürsorgestelle, geführt.

Dem Komitee gehören 9 Personen an, die sich Mut und Verantwortung anmassen, über das Schicksal der Menschen zu verfügen, sie zu bestrafen bzw. zu begnadigen. Die Komitee-Burschen stellten eine Liste der Betriebsleiter zusammen, die „während der Wahl ihre dienstlichen Funktionen missbraucht und auf die Arbeitskollektive Druck ausgeübt haben“ sollten. In den Sitzungen des Komitees wird jeder der Verdächtigten in der Abwesenheit besprochen, mit der Verkündung eines Urteils – der sogenannten „Begleitentscheidung, die den Charakter einer Empfehlung für Amtsinhaber oder höherstehende Behörden trägt, die diesen Leiter ernannt haben“.

Tatsächlich werden solche Empfehlungen von den neuernannten Leitern der kreislichen Exekutivorgane als Gerichtsurteile wahrgenommen. Mit aktiver Hilfe des Chefs der staatlichen Kreisadministration kündigten in der letzten Zeit u. a. der Direktor des örtlichen Senioren- und Behindertenheimes Wladimir Jakowez und der Hauptarzt der städtischen Entbindungsklinik Nikolaj Krushajlo.

In einem Interview der lokalen Zeitung „Wisnik Dubentschyn“ zeigte sich der Vorsitzende des KOD, ein gewisser Herr Komisaruk, sehr enttäuscht, dass nach seiner Begleitentscheidung zwei Leiter der Kreisbehörden, für Kultur und Volksbildung, nicht entlassen werden konnten. Leider hätten „weder der Chef der staatlichen Kreisadministration noch der Bürgermeister gesetzliche Vollmachten für deren Kündigung. Darüber hinaus befolgen die beiden nicht nachdrückliche Aufforderungen, auf eigenen Wunsch zu kündigen“.

Doch die Lustrationssüchtigen wollen ihr Anliegen unbedingt durchsetzen und hoffen, noch andere bei den Hammelbeinen zu kriegen: „Wir behalten im Auge einige andere Leiter, unter ihnen viele Direktoren von Dorfschulen“.

Solche „revolutionären Säuberungen“ und die dabei eingesetzten Methoden erweisen sich kaum seltsam in der Region, die von

einem der Anführer der Ukrainischen Volkspartei, Wassilij Tscherwonij, geleitet wird, stellt die „Nascha gazeta plus“ fest. Der letztgenannte Herr ist in der Ukraine als aktiver „Propagandist und Agitator“ bekannt, sowie als unmittelbarer Teilnehmer des Pogroms in der Redaktion der Zeitung „Riwne wetscherny“ vor einigen Jahren.

Mit dem Etikett „Volksfeind“ werden Ärzte und Gemeindevorsteher entlassen

Wie Natalja Wischnewskaja, eine Journalistin aus der Rowenskaja Region, mitteilt, versucht der Chef der staatlichen Saretschenksja Kreisadministration Pawel Melnik gesetzwidrig die Bürgermeisterinnen Nina Smagljuk (Dobrowsk) und Olga Scharko (Perekalje) zu entlassen, indem er die beiden Frauen zum freiwilligen Rücktritt zwingt. Doch auf der Versammlung der Dorfgemeinde, die Olga Scharko leitet, sprachen gegen sie nur 15 der 150 anwesenden Bürger ein. Da es um Wahlfunktionen geht, lehnten die beiden Frauen den freiwilligen Rücktritt ab. Daraufhin fing Melnik an, Smagljuk mit Polizei und Staatsanwaltschaft zu erpressen. „Sie sind Volksfeindin, die Menschen wollen Sie nicht haben“, erklärte er ihr.

Diese schreckliche Wortverbindung „Volksfeind“ klingt übrigens des öfteren aus dem Munde heutiger Machthaber. So enthält das offizielle Schreiben des Abteilungsleiters für Gesundheitswesen der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration, Miroslaw Semaniw, an den Hauptarzt der regionalen Endokrinologiefürsorgestelle nachstehende Passage: „In der von Ihnen geleiteten Behörde arbeiten aufrichtige ukrainische Patrioten, aktive Teilnehmer der Orangenen Revolution. In Anbetracht ihrer grossen Verdienste bei Entlarvung und Kaltstellung der Feinde der Ukraine empfehlen wir deren Ernen-

nung...“. Laut Logik dieses Beamten regionaler Ebene scheint die Entlassung von 21 Leitern der regionalen medizinischen Behörden, dazu in einer kurzen Rekordfrist, nur eine Folge der „Entlarvung und Kaltstellung der Feinde der Ukraine“ zu sein. Augenblicklich bleiben in der Funktion der Kreishauptärzte nur noch vier Personen, die unter der ehemaligen Macht gearbeitet haben. Keiner der Mediziner bezweifelt eine Fortführung von Personalrotationen, die jetzt auf Stations- und einfache Ärzte übergreifen.

Der Gesundheitszustand vieler Betroffenen ist kritisch. So wurde der ehemalige Hauptarzt des Derashnenskaja Krankenhauses Alexander Pustowit mit hyperthionische Krise in die Klinik eingeliefert, der ehemalige Leiter der regionalen Verwaltung für Gesundheitswesen Jaroslaw Maslij - mit Insult, der Hauptarzt der regionalen Onkologiefürsorgestelle Grigorij Maximjak - mit Herzinfarkt.

Die NPU* teilt über totale Entlassungen von Hauptärzten, Schuldirektoren und Hochschulrektoren aus politischen Gründen

Die Abgeordneten der Parlamentsfraktion der Volkspartei der Ukraine untersuchten in den Regionen die Situation im Zusammenhang mit ungesetzlichen Entlassungen, was den Fraktionsvorsitzenden der NPU Igor Jeremejew zum nachstehenden Kommentar veranlasste:

„Der Präsident weiss wohl nicht, was in den Regionen passiert, wo tagtäglich die Verfas-

sung und die Gesetze niedergetreten werden. Früher erlebten wir Schiefheiten in einer Richtung, augenblicklich stellen wir sie in der gegensätzlichen fest. Heute erfolgen politische Repressalien vor Ort, bewusst oder unbewusst, aber sie haben Platz. Wir sind kein Labor für 47 Millionen Bürger, wir sind ein Staat“.

Das Fraktionsmitglied Ekaterina Watschuk sagt dazu:

„Wie kann sich die totale Entlassung von Hauptärzten in Krankenhäusern, Direktoren der Oberschulen und Rektoren der Universitäten erklären? Nur aus einem einzigen Blickwinkel: man hat in der Wahl nicht für die richtige Mannschaft seine Stimme abgegeben“.

■ In der Universität zu Ushgorod konnte ein Absolvent sein Diplom nicht ablegen, weil er sich einen Monat lang im Zeltlager aufgehalten hatte

Trotz einer schriftlichen Zustimmung wurde Konstantin Kuzow zum Diplomexamen in Politologie nicht zugelassen, weil er abgesehen seine Diplomarbeit zu spät eingereicht hätte. „Doch bestätigten der Lehrstuhlleiter, mein wissenschaftlicher Leiter und alle Rezensenten bereits vor einem Monat, dass ich für das Examen fit bin. Als ich aber das Examen ablegen wollte, wurde mir gesagt, der Rezensent hätte die Diplomarbeit noch nicht gelesen“, empört sich der Student.

Kuzow leitet die Sakarparatskaja Regionalorganisation des Sozialistischen Jugendkongresses. Innerhalb eines Monats nahm er an den Aktivitäten teil, die in einem Zeltlager in Ushgorod gegen die Verhaftung des ehemaligen Gouverneurs Iwan Rysak und seines Stellvertreters Wiktor Djadtschenko durchgeführt wurden.

Den Zwischenfall mit Kuzow verbinden die Aktionsteilnehmer ausschliesslich mit

* Volkspartei der Ukraine (NPU) positioniert sich als eine Partei des Zentrums. Ihr Chef ist der Vorsitzende der Werchowynaja Rada der Ukraine, Wladimir Litwin.



Konstantin Kuzow

diesem Umstand. Sie wollen deshalb an den Minister für Wissenschaft und Volksbildung mit der Bitte um Einnischung appellieren. Was aber das „Lehrbild“ Kuzows anbelangt, so geht es um einen ausgezeichneten Studenten, der Anwärter auf ein Diplom mit Auszeichnung ist.

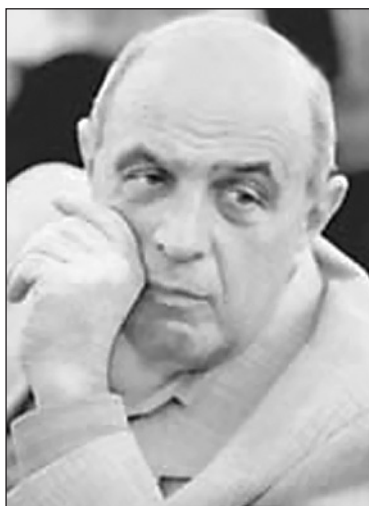
Dazu sei zu erinnern, das während der „orangenen Revolution“ im vergangenen Herbst viele Studenten wochenlang im Unterricht gefehlt haben. Die Rektoren mancher Hochschulen in verschiedenen Städten der Ukraine beabsichtigten zunächst eine Bestrafung der Bummelanten, daraufhin bildeten die Streikkomitees in Kiew ein vereinigttes Streikkomitee der Studenten, das sich aus Delegierten zahlreicher Hochschulen zusammensetzte. Das Komitee führte von dem Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung eine Streikaktion und überreichte seinem Chef eine Petition. Der damalige Minister Wassilij Kremenj musste eine Anweisung unterschreiben, die jegliche Verfolgung der Studenten nach politischen Motiven untersagte.

Für politische Überzeugungen wird Theaterregisseur verfolgt

■ In russischen und amerikanischen Massenmedien wurde vor kurzem ein Offener Brief der Kulturschaffenden an den Präsidenten der Ukraine veröffentlicht. Nach ihrer Meinung hat die Generalstaatsanwaltschaft die Prüfung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Russischen Dramatheaters ausschliesslich deshalb durchgeführt, weil sich sein Regisseur Michail Resnikowitsch während der Wahl 2004 als Wahlhelfer Wiktor Janukowitschs eingesetzt hatte. Im Brief, der von zahlreichen bekannten russischen Künstlern wie Kirill Lawrow, Oleg Basilaschwili, Sinaida Scharko, Alissa Freundlich, Jurij Solomin, David Borowskij, Galina Woltschek, Alexander Kaljagin und anderen unterschrieben ist, wird u. a. festgestellt:

„Das Nationale Akademische Theater des russischen Dramas namens Lesja Ukrainka wetteifert heute erfolgreich mit hervorragenden Künstlerkollektiven in Moskau und Sankt-Petersburg. Wie wir meinen, trägt diese künstlerische Konkurrenz nur dem kulturellen Image der unabhängigen Ukraine bei.

Sehr geehrter Wiktor Andrejewitsch! Sie haben die europäische Wahl der Ukraine und Ihre Entscheidung für europäische Werte deklariert. Wir sind aber überzeugt, dass die Anwesenheit der Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft hinter den Kulissen nichts mit der europäischen Wahl zu tun hat. Wir



Michail Resnikowitsch

bitten Sie die Zerstörung des heute hervorragenden Nationalen Akademischen Theaters des russischen Dramas namens Lesja Ukrainka nicht zuzulassen“.

Zeitliche Abfolge der Ereignisse:

Am 20. April teilte die Ministerin für Kultur und Tourismus Oksana Bilosir während einer Parlamentsanhörung mit, Michail Resnikowitsch sei der Funktion des Generaldirektors und Künstlerischen Leiters des Nationalen Akademischen Theaters des russischen Dramas namens Lesja Ukrainka entbunden, und gegen ihn sei eine strafrechtliche Anklage erhoben worden. Nach dieser Mitteilung traf Michail Resnikowitsch eine hypertensive Krise.

Am 25. April befand der Podolskij Gerichtshof in Kiew die Entlassung Michail Resnikowitschs für gesetzwidrig.

Am 27. April sprach das Theaterkollektiv auf der Kundgebung vor dem Ministerkabinett sein Misstrauen Oksana Bilosir aus, forderte ihren Rücktritt und eine Entschuldigung der Kulturministerin bei Michail Resnikowitsch.

Chefdramaturg Boris Kurizyn:

Die Behauptung seitens Oksana Bilosir, dass gegen unseren Theaterleiter eine strafrechtliche Anklage erhoben worden sei, entsprach, gelinde gesagt, nicht der Wirklichkeit. Zuerst suchte die KRU* mit einer Revision das Theater, und erst dann die Staatsanwaltschaft. Doch die Gesetzeshüter fanden keine *corpus delicti* und traten das Theater wieder an die KRU ab.

Doch bevor die Untersuchung angefangen hatte, beeilte sich jemand, angebliche finanzielle Unregelmässigkeiten an die grosse Glocke zu hängen, weil Informationen aus der Staatsanwaltschaft auf eine Webseite durchsickerten. Jemand hatte es wahrscheinlich nötig, Mehr noch: im Internet wurde sogar die konkrete Summe der Schadenersatzforderung veröffentlicht. Als aber die Rechtsanwälte des Theaters in den zuständigen Organen Einzelheiten klären wollten, wurde ihnen geantwortet, dass bislang keine Berechnungen existieren. Da deswegen um keine strafrechtliche Anklage gehen konnte, rief das Theaterkollektiv das Gericht an, das Resnikowitsch in seiner Funktion wiedereinstellte. Anschliessend bezogen die Theatervertreter Streikposten vor dem Ministerkabinett und forderten den Rücktritt der Ministerin und eine öffentliche Entschuldigung ihrerseits. Weil sie von der Parlamentstribüne herab Resnikowitsch faktisch vor dem ganzen Land als Verbrecher eingestuft hatte. Doch besteht ein solcher Begriff wie Unschuldsummutung. Das Ministerium für Kultur legte nach dem Gerichtprozess eine Berufung ein, die am 4. Mai angehört werden musste. Die meisten Künstler erschienen zum Berufungsprozess, doch aus dem Ministerium war keiner im Verhandlungsraum zu sehen. Statt seine Vertreter, leitete es einen Antrag über die Ver-

* Verwaltung für Kontrollen und Revisionen – eine Rechtschutzinstanz, die für Finanzkontrollen auf Betrieben zuständig ist

legung des Prozesses auf die zweite Junidekade zu.

Wie die Zeitung „Kiewskije wedomosti“ feststellt, habe das Land bereits seit 70 Jahren nichts dergleichen erlebt. In elektronischen und Printmedien wimmelt es an Schlagzeilen, die schrecklicher Weise an solche erinnern, die unsere Väter und Grossväter in der Stalin-Zeit lesen sollten.

Nachdem deutsche Künstler aus Massenmedien über dramatische Ereignisse im befreunden Theater erfahren hatten, wandten sie sich an den Präsidenten, die Premierministerin und Ministerin für Kultur und Tourismus der Ukraine mit einem Offenen Brief. Wie sie u.a. feststellen, habe das Lesja-Ukrainka-Theater in München, Stuttgart, Mühlheim und Leverkusen gastiert und dadurch dem deutschen Publikum ermöglicht, ukrainische Literatur und Bühnenkunst aus nächster Nähe kennenzulernen. Ebenfalls trugen die Gastspiele des Bayerischen Staatsschauspiels München und die Mitwirkung deutscher Regisseure im Lesja-Ukrainka-Theater der beiderseitigen Verständigung und Öffnung bei. Auf der anderen Seite wurden unter Leitung Professor Resnikowitschs und unter Mitwirkung des Goethe-Instituts in der Ukraine in den vergangenen drei Jahren deutsche Gegenwartsauteoren in szenischen Lesungen dem ukrainischen Publikum vorgestellt, Gastspiele deutscher Theater und Aufführungen deutscher Stücke gefördert. Solche erfolgreichen Initiativen stimmten die deutschen Künstler zuversichtlich, sie streben weitere Planung gemeinsamer Projekte mit ihren ukrainischen Kollegen an, die aber in der heutigen Situation in Gefahr geraten. Das Lesja-Ukrainka-Theater erwies sich in allen gemeinsamen Projekten als ein hervorragend aufgebauter und zur Zusammenarbeit bereiter Organismus. Zwischen Theaterführung, Schauspielern und technischem Personal herrscht gute schöpferische Atmosphäre, deren positiven Einfluss ständig zu spüren war.

Die deutschen Künstler hoffen auf Klärung der heutigen Situation um das Lesja-Ukrainka-Theater, seiner Truppe sowie in bezug auf weitere Entwicklung der kulturellen Kontakte zwischen der Ukraine und Deutschland im Bereich der Theaterkunst. Ebenso rechnen sie mit einer ausgewogenen und durchdachten Entscheidung, weil sie die nach der Entlassung Resnikowitschs entstandenen grundlegenden Veränderungen als einen riesigen Verlust auffassen. Die in den letzten Jahren von der ukrainischen und deutschen Seiten so mühselig gesäten Samen müssen sorgfältig gezeichnet werden, damit sich Europa auch kulturell vereint.

Zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes gehören u.a. Klaus Dieter Oppitz,

Chefdisponent des Bayerischen Staatsschauspiels, Friedrich Schirmer, Intendant des Staatstheaters Stuttgart, Matthias Hartman, Intendant des Schauspielhauses Bochum, Christian Stückl, Intendant des Volkstheaters München, Georg Geno, Regisseur aus Hamburg, und andere mehr.

Wladimir Wojusch,
Fraktionsmitglied der SDPU(V):



„Wir sind durch die Handlungsweise des Ministeriums zutiefst erschüttert, das unter grober Missachtung der gerichtlichen Entscheidung den Intendanten des russischen Lesja-Ukrainka-Theaters Michail Resnikowitsch gewaltsam zu entlassen sucht. Unsere Empörung erklärt sich auch dadurch, dass auf alle diesbezüglichen Anfragen an das Ministerium, die Staatsanwaltschaft und den Präsidenten der Ukraine, darunter im Namen der Werchownaja Rada, keine einzige Antwort eingegangen ist. Bekanntlich beschäftigt sich

die Untersuchungskommission der Werchownaja Rada mit ungesetzlichen Aktionen der Ministerin für Kultur und Tourismus gegen das russische Dramatheater, und wir werden darauf bestehen, dass Bilosir über diese Aktionen Rechnung ablegt. Wir glauben, dass all dieses gesetzwidrige Beamtentreiben einen grossen Schaden unserer Kultur zufügt. Es mag als schlechtes Wortspiel klingen, doch in diesem Fall vernichtet die Kulturministerin zielgerichtet eine der Kulturquellen gesamt-nationaler Bedeutung“.

WILLKÜRAKTE DER RECHTSCHUTZORGANE

Die Macht wandte Gewalt gegen Volksabgeordnete der Ukraine an

■ **Nachts schlug man auf der Krankenstation, wo der ehemalige Gouverneur der Sakarpatskaja Region, Iwan Risak behandelt wurde, Tamara Proschkuratowa, Wladimir Wojusch und Nestor Schufritsch nieder, - wie die Webseite polit-terror.info mitteilt.**

Iwan Risak wurde von der Staatsanwaltschaft Ushgorods im vergangenen Februar festgenommen. Diese Verhaftung wird von vielen Politikern als politisch eingeschätzt. Risak verhaftete man im Verdacht, den Rektor der Nationalen Universität zu Ushgorod, Wladimir Sliwka, in den Selbstmord getrieben zu haben: der Rektor starb auf der Intensivstation im Mai vergangenen Jahres. Den Verstorbenen hatte man mit aufgeschnittenen Blutadern, Schnittwunden am Körper und einem Messer im Herz entdeckt. Strafrechtliche Anklagen nach dem entsprechenden Artikel des Strafgesetzbuches werden nur selten vors Gericht gebracht. Im vergangenen Februar wurde Risak in dieser Sache verhört und gegen schriftliche Verpflichtung, den Wohnort nicht zu verlassen, sofort befreit. Doch am 13. Mai wurde der Ex-Gouverneur von der Staatsanwaltschaft erneut festgehalten. Die Vertreter der Machtorgane behaupten in diesem Zusammenhang, in der „Sache Risaks“ wären zusätzliche Beweise aufgekommen, und die Staatsanwaltschaft erweiterte ihre vorherige Anklage laut Artikel 120 (Treiben in den Selbstmord) durch Überschreitung der Befugnisse und dienstlichen Missbrauch mit schwerwiegenden Folgen. Kurz darauf erhob die Staatsan-

waltschaft noch eine Anklage gegen den Ex-Gouverneur, die auf Bestechlichkeit lautete.

Am 16. Mai traf der Ushgorodskij Kreis- und Stadtgerichtshof die Entscheidung über die Verhaftung Iwan Risaks. Doch wegen seines Gesundheitszustandes wurde er in die Ushgorodskaja Kardiologische Klinik eingewiesen, wo er in Gewahrsam genommen wurde. Im März erlitt er einen Herzinfarkt.

Wie die Pressestelle der SDPU(V)* mitteilt, erfolgten die Verprügelung der Parlamentarier und Entführung des Ex-Gouverneurs der Sakarpatskaja Region Iwan Risak aus dem Krankenhaus in der Nacht zum Samstag: „Gegen 24.00 Uhr am 20. Mai 2005 stürmten etwa 15 Angehörige der Sondertruppe, alles in Gesichtsmasken, in das Krankenzimmer ein, wo Iwan Risak behandelt wurde und wo sich momentan Volksabgeordnete Wladimir Wojusch, Nestor Schufritsch und Tamara Proschkuratowa zu einem Besuch aufhielten. Sie schlugen hart und zynisch die Volksabgeordneten nieder, schleppten Risak aus dem Zimmer hinaus, warfen ihn in den Gepäckraum eines Jeeps und fuhren in unbekannter Richtung ab“.

Der betroffene Volksabgeordnete Wladimir Wojusch sagt in diesem Zusammenhang folgendes aus:

„Tamara Proschkuratowa konnte sich mit Handschellen an Iwan Risak fesseln und erklärte Ihren Hungerprotest. Auf dem Krankenzimmer befand sich auch der Volksabgeordnete Nestor Schufritsch. Die Polizeibeamten zählten nicht weniger als 15 Mann, die sofort auf uns zu schlagen angingen. Ich wurde mit einem Nachttisch an die Wand gedrückt, Nestor Schufritsch wurde mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen und verlor das Bewusstsein, Tamara Proschkuratowa drückte man ans

Bett und schlug sie gegen die Nase. Anschliessend knackte man mit einem Sonderwerkzeug, einer Zange, ihre Handschellen.

Risak schleppte man dann aus dem Zimmer, dabei drängten die Polizeibeamten all jene Abgeordneten zurück, die noch etwas unternehmen konnten. Iwan Risak brachte man vor das Krankenhaus hinaus und lud in einen Polizeiwagen durch die Hintertür auf, anders gesagt, wurde er in den Gepäckraum hineingestopft. Danach wurde er ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Etwa 15 Minuten später, als Risak bereits dorthin geliefert worden war, kam ich zum Gefängnis und versuchte, mich mit dem diensthabenden Polizeibeamten in Verbindung zu setzen, um ihm Arzneimittel für den Verhafteten zu übergeben. Weil Risak neben hypertotonischer Krise gerade eine Attacke der Zuckerkrankheit überstanden hatte. Doch niemand wollte mir antworten, obwohl ich mich als Volksabgeordneter vorstellte. Danach begab ich mich in die staatliche Regionaladministration.

Aus dem Vorzimmer der Wache telefonierte ich mit dem SBU* und der Polizei. An den Polizeioberstleutnant Jatemtschuk, der sich als diensthabender Offizier in der Sakarpatzkaja Region vorstellte, trat ich mit der offiziellen Bitte um Übergabe der Arzneimittel für Iwan Risak an. Er lehnte ab und leitete mich an den Untersuchungsrichter weiter, trotz meiner Erklärung, es sei bereits nach 01.00 Uhr nachts. Alle diese Informationen übergab ich auch dem diensthabenden Offizier des SBU in der Sakarpatzkaja Region.

Stellungnahme der betroffenen Volksabgeordneten Tamara Proschkuratowa, Heldin der Ukraine:

„...Ich litt nicht so sehr körperlich, mehr moralisch, obwohl auch physische Leiden zu spüren waren. Iwan Risak behandelte man im Ushgorodskij Krankenhaus, in der vierten Etage. Was mir dort sofort in die Augen sprang, waren total antihygienischen Bedingungen, schmutzige und zerrissene Laken auf seinem Bett. Auch



Tamara Proschkuratowa

war ich durch die unzählige Menge der Wachpolizisten überrascht, als wäre Iwan Mörder oder Terrorist! Die Polizisten waren überall im Krankenzimmer und auf dem Korridor.

Im März hatte Iwan einen Herzanfall, darüber hinaus leidet er an Diabetes und Bluthochdruck. Deshalb war ich überrascht, von den Ärzten, die ihn früher beobachteten, zu erfahren, man habe ihnen kategorisch verboten, Risak zu behandeln.

Mit den Jungens aus der Polizei, die im Krankenzimmer Wache hielten, stellte sich ein normales Verhältnis her, deshalb sagten sie mir ehrlich: „Tamara Sergejewna, Sie können tun, was Sie wollen. Aber es gibt einen Befehl, Risak ins Gefängnis abzuliefern, und dieser Befehl wird ausgeführt“. Darauf bat ich einen von ihnen: „Söhnchen, gib mir bitte Handschellen“. Des weiteren wollte ich den Hauptarzt und den Polizeichef ins Krankenzimmer einladen. Niemand erschien natürlich, nicht einmal der Hauptarzt.

Dann legte ich meine rechte Hand in die Handschellen, die ich an Iwans linke Hand anschloss. Weil ich ihn so gut wie möglich schützen wollte. Man stelle sich nur vor: Iwan befindet sich im vorkomatösen Zustand, liegt da ganz bleich, der Schweiß bricht ihm aus allen Poren, die Ärzte sagen aber, sie seien nicht gewillt, ihn in solch einem Zustand zu behandeln, liessen wir das Kiewer Ärzte tun. Als sich der Blutdruck erhöhte, fragte ich den Arzt, ob Risak transportabel wäre. Erantwortete: auf keinen Fall!

* Sicherheitsdienst der Ukraine

Plötzlich höre ich einen wilden Schrei auf dem Korridor. Danach brechen Menschen in Gesichtsmasken ein, alle mit Maschinenpistolen bewaffnet. Sie waren etwa 15 oder 20 Mann. Schufritsch lässt sie nicht ins Zimmer herein, darauf wurde er auf den Boden gestürzt, und zwei sprangen zu mir heran. Sie renken mir den linken Arm aus, während ein anderer Bursche mich an die Beine greift... Nestor springt heran, um ihn wegzuschleppen. Er wird aber wieder gefasst und auf den Fussboden geschmissen. Da verliert er das Bewusstsein.

Einer in der Gesichtsmaske fasste mich mit der Hand an die Schulter. Ihm sage ich dann: „Söhnchen, was treibst du denn? Ich bin doch Lehrerin, Heldin der Ukraine, im gleichen Alter wie deine Mutter“. Doch er schimpfte mir direkt ins Gesicht und schlug dann zu. Wissen Sie, gegen mich hat noch keiner im Leben die Hand erhoben. Un da kriege ich einen Schlag gegen den Kopf und werde mit dem Kopf gegen das Bett gestossen... genau kann ich mich schon nicht mehr erinnern, vielleicht auch gegen die Wand. Dann drückte man mir ein Kissen aufs Gesicht, so stark, dass mir Luft fehlte. Für einige Sekunden verlor ich das Bewusstsein, und als ich wieder zu mir kam, waren die Handschellen schon weg. Sie sollten mit einer Zange geknackt sein, aber das habe ich nicht gesehen.

Das letzte, woran ich mich noch erinnern kann, wie man ihn abschleppte... es stimmt nicht, dass er selber gelaufen wäre... Nein, er wurde über den Fussboden geschleppt. Wie ein Sack.

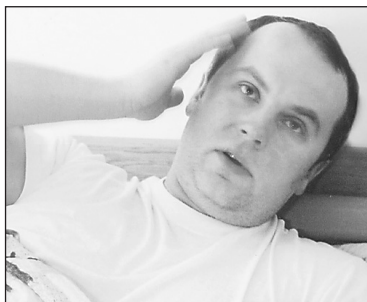
... Nestor liegt bewusstlos, ich bin unter Schockwirkung. Als er aufstand, konnte ich sehen, wie es ihm schlecht ging. Er erbrach sich... Dann liefen wir zur Ärztin. Ich fauchte sie an: wieso habt ihr den Kranken abtransportieren lassen? Sie aber antwortet: „Mich hat keiner danach gefragt. Niemand hat auch die Krankengeschichte und das medizinische Attest angefordert“.

Man bot uns mit Nestor ärztliche Hilfe an. Ich aber sagte, dass ich ihnen nicht mehr vertraue. Und überhaupt hatte ich Angst, dass man uns etwas einspritzen könnte. Wir riefen die 03 an, dann erschien die Erste Hilfe, und wir wurden

in ein Krankenhaus gebracht... Aber im Fernsehen behauptet man, niemand hätte medizinische Hilfe gebraucht. Ich erkläre: das ist eine totale Lüge! Dass wir Hilfe brauchten, besagt der Befund, der uns ausgehändigt wurde. In meinem sind Verletzungen und Schrammen festgehalten... Und als die Ärzte Nestor begutachteten und über den Befund entschieden, hörte ich einen sagen: „Du, schreib nicht, dass er Gehirnerschütterung hat“. Der andere sagte mir danach: „Betet zu Gott, dass er überhaupt am Leben geblieben ist“. Er meinte Nestor.

Das passierte vor drei Tagen, aber bis jetzt kann ich den Nervenschock nicht überwinden. Als ich gestern einschlief, träumte ich über Menschen in Gesichtsmasken, die wieder ins Zimmer einfallen. Die Krankenschwester sagte anschliessend, sie habe mich aufschreien gehört... Die Ärzte wissen, das sind Folgen des Nervenzusammenbruchs. Wann ich ihn loswerden kann, weiss ich nicht“.

Aussage Nestor Schufritschs, des betroffenen Volksabgeordneten:



„Am Freitag abend, so gegen 17:00 Uhr, sank bei Iwan Risak plötzlich der Zuckerspiegel. Sein Zustand verschlechterte sich dramatisch, und die Ärzte fingen mit eiligen Massnahmen an. Diese ganze Zeit befanden wir uns, das heisst die Volksabgeordneten Wladimir Wojusch, Tamara Proschkuratowa und ich, an seinem Bett. Erwas später erschienen Vertreter der Ushgoroder Polizei und erklärten, laut medizinischem Gutachten wäre Iwan Michajlowitsch gesundheitlich ziemlich fit, um in

das Untersuchungsgefängnis überwiesen zu werden. Wir empörten uns natürlich, weil wir über kein Gutachten wussten, zu dem nicht einmal die behandelnde Ärztin Risaks zugelassen worden war, darüber hinaus konnten wir seinen echten Zustand beobachten.

Alle waren natürlich aufgeregt, auch Iwan Michajlowitsch, bei dem sich neben der Senkung des Zuckerspiegels eine hypertensive Krise ansetzte, sein Blutdruck stieg bis 180/90.

Das medizinische Personal beschäftigte sich damit, den Blutdruck herabzusetzen. Die Polizeibeamten, die das alles mit eigenen Augen sahen, verliessen das Zimmer, blieben doch im Krankenhausbau, um die Entscheidung des wachhabenden Arztes abzuwarten.

Gegen Mitternacht stürmten acht grosse Burschen in Gesichtsmasken ins Krankenzimmer herein. Die Stärke dieses Trupps aber konnte erst später ermittelt werden, zunächst erblickte ich nur vier Mann, weil man mich sogleich auf den Fussboden warf. Wladimir Wjusch drückte man in die Ecke und riegelte ihn mit einem Nachttisch ab, auf Proschkura-towa, die sich an Risak fesselte, stürzten sich gleich zwei Männer. Sie fingen an, Tamara Sergejewna zu verprügeln. Ich konnte mich losreissen, um sie und Iwan Michajlowitsch buchstäblich mit meinem Körper zu decken. Aber eine Minute später war ich nach ein paar kräftigen Schlägen wieder auf dem Fussboden, mit dem Kopf in entgegengesetzter Richtung. Einem der Angreifer konnte ich die Maske vom Gesicht abziehen, wofür ich noch einige Schläge gegen den Kopf erhielt. Mir schwanden die Sinne. Nachdem ich wieder zu Bewusstsein gekommen war, sah ich: im Krankenzimmer ist alles in heillosem Duceinander, niemand ist da ausser Tamara, die sitzt und weint. In der Hoffnung, die Leute einzuholen, die Iwan Michajlowitsch abgeführt hatten, ging ich auf den Gang hinaus, dort aber, ganz geschwächt, verlor ich das Bewusstsein zum zweitenmal.

Die behandelnde Ärztin von Iwan Michajlowitsch half mir dann aus der Ohnmacht im Krankenschwesternzimmer. Ich fragte sie, ob eine Genehmigung für die Abtransportierung

des Kranken vorliege. Es stellte sich heraus, dass für Einhaltung der vorschrittmässigen Procederes die Vertreter der Rechtsschutzorgane einen schriftlichen Antrag zu stellen hätten, dem die behandelnde Ärztin zustimmen muss. Sie aber haben das nicht getan“.

Die Ereignisse kommentiert Volksabgeordneter Michail Dobkin:



„Das sind nicht nur politische Repressalien, sie erinnern an die Junta unter Pinochet. Wenn ein kranker Mann, der sich im kritischen Zustand befindet, gestürmt wird, wie könnte das heissen? Wer hat diesen Menschen den Befehl gegeben, gegen eine Frau, die Heldin der Ukraine, Gewalt anzuwenden? Und gegen die Volksabgeordneten? Die Macht hat bereits die Linie übertreten, die auf keinen Fall überschritten werden darf“.

Volksabgeordneter Wladimir Sajez:



„Es geht um reine Willkür. In erster Linie gegen den Menschen, der gesundheitliche Probleme hat. Was die Verprügelung der Volksabgeordneten anbelangt, so hat die Macht die Linie überschritten, hinter der sie nur als Banditenmacht tituiert werden kann. Unsererseits wurden schon Anträge an den Vorsitzenden der Werchowaja Rada Wladimir Litwin und die Beauftragte für Menschenrechte Nina Karpatschowa vorbereitet. Wir verlangen einen Stop der politischen Repressalien, die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen Boris Kolesnikow* und Iwan Risak“.



Wiktor Medwedschuk

Wie in der Erklärung des Vorsitzenden der SDPU(V) Wiktor Medwedschuk hervorgehoben wird,

sind die Ereignisse am 20. Mai in Ushgorod nicht anders einzuschätzen als „eine freche Verhöhnung der Rechte und der Würde der Bürger. Für alle ist es kein Geheimnis mehr, dass die Verfolgung Iwan Risaks unter einem absolut erdachten Vorwand erfolgt. Die Macht rächt sich an ihm für seine politische Position, indem sie zu rein repressiven Methoden greift. Gleichzeitig sucht sie noch eine Aufgabe zu lösen: die Opposition einzuschüchtern bzw. die Verbreitung der Information über die Korruption unter den heutigen Exponenten der neuen Macht zu unterbinden. Die Exekutive hat eindeutig die Grenze überschritten, hinter der es sich nur straflose Willkür und Verhöhnung der Gesetze und der Verfassung der Ukraine etablieren“.

Wiktor Medwedschuk verlangte von der Macht, die repressive Kampagne gegen Iwan Risak und andere Oppositionspolitiker einzustellen, forderte sie auf, die Schuldigen an der Verprügelung der Volksabgeordneten der Ukraine zur Verantwortung zu ziehen. Der sozialdemokratische Vorsitzende warnte ebenfalls Wiktor Juschtschenko, er trage jetzt die ganze Verantwortung für Leben und Gesundheit Iwan Risaks.

Die Beauftragte der Werchowaja Rada für Menschenrechte Nina Karpatschowa schätzte diese Ereignisse als Merkmale eines „Polizeistaates“ und entsandte ihren Stellvertreter nach Ushgorod, der das Geschehen auf das sorgfältigste zu untersuchen habe. N. Karpatschowa aber unterstreicht schon jetzt den eindeutigen Umstand, dass die Rechtsschützer im Krankenzimmer I. Risaks gegen die Volksabgeordneten Gewalt angewandt haben. Dadurch verletzten die Vertreter der Rechtsschutzorgane den Artikel der Verfassung der Ukraine, der das Immunitätsprinzip des Volksabgeordneten einführt. N. Karpatschowa stellte auch fest, dass in der Ukraine massenhafte Festnahmen und Verhaftungen fortgesetzt werden, und bemerkte, sie sei als Menschenrechtbeauftragte durch Beschwerden und Schreiben mit Hilferufen von ukrainischen Bürgern buchstäblich überschüttet.

Wie das Fraktionsmitglied der SDPU(V) Nestor Schufritsch meint, wurde

Iwan Risak ohne jeglichen stichhaltigen Anlass festgenommen. „Die einzige Grundlage bildeten die Aussagen des Chefredakteurs einer privaten Zeitung, die angeblich auf Drängen Risaks einen Beitrag über die Hochschule veröffentlicht hatte. Ausgerechnet nach dem Lesen dieses Beitrags sollte Si-

* Ex-Gouverneur der Donezkaja Region Boris Kolesnikow wurde im März 2005 verhaftet

wka Selbstmord begangen haben: nach dem zehnten Versuch, mit Messerstich ins Herz, nebenbei bemerkt. Paradoxerweise war es eben Risak, ein Schüler Sliwkas (!), nach dessen Protektion seinerzeit der Arbeitsvertrag mit dem letzteren als Hochschulrektor verlängert wurde.

Darüber hinaus gab es noch eine weitere Anschuldigung - im Bestechungsversuch, doch deren Urheber war erst nach einem zehntägigen Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis darauf gekommen. Das gibt Stoff zum Nachdenken, nicht wahr?

Auch gegen mich wurde bereits eine Verleumdungskampagne gestartet. So sendete ein Fernsehkanal vor kurzem einen Film, der mit unsinnigen Beschuldigungen bespuckt war. Doch ich verfüge bereits über dokumentarisch beglaubigte Aussagen der Menschen, die unter dem Druck der Rechtsschutzorgane gezwungen wurden, mich vor der Kamera zu besudeln. Solange kann ich nur über diesen Film und alle Versuche, ein strafrechtliches Verfahren gegen mich persönlich zu fabrizieren, im stillen lachen. Sollten aber meine Mitstreiter betroffen sein, werde ich nicht schweigen!

Vor einigen Tagen berichtete Grigorij Omeltschenko, dass Juschtschenko Herrn Piskun befohlen habe, „die Sozis und ihr Business zu ruinieren“. Damit reimt sich eine Bestätigung seitens Jurij Luzenkos zusammen, der nun einer Fernsehsendung folgendes aussagte: „Wir haben eine deutliche Anweisung des Präsidenten, bis September ad oculos zu demonstrieren, dass die ehemalige Macht weniger als politisches System, sondern mehr als ein System zur Ausplünderung des Staates funktioniert hat“.

Ich bin unseren Parlamentskollegen sehr dankbar, die uns in diesem Moment unterstützt haben. Wir haben nicht vor, uns zu verstecken oder zurückzuziehen, wir werden die Menschenrechte schützen und behaupten - trotz Einschreckungsversuche seitens der Macht...“.



Iwan Risak

Ex-Gouverneur Iwan Risak zeugte früher:

„Wie in der gesamten Ukraine achten die Rechtsschutzorgane unserer Region immer weniger auf die Ausführung ihrer unmittelbaren Funktionen. In ihren Mittelpunkt treten populistische Erklärungen. Ich nehme dies als psychologischen Informationsdruck auf, der von totaler Desinformation begleitet wird. Als ich z. B. zum erstenmal über den angeblichen Selbstmord des Rektoren der Ushgorodskij Universität verhört wurde, verhaftete man mich eine Stunde später. Später verbreiteten die Massenmedien die Behauptung, eine solche Vorbeugungsmassnahme wäre nonwendig gewesen, weil ich vier Vorladungen nicht gefolgt hätte. In Wirklichkeit aber erhielt ich keine einzige.“

Mein ehemaliger Stellvertreter, Wiktor Shidjatschenko, wurde in die Ushgorodskaja Staatsanwaltschaft in Begleitung eines Berkut-Sonderkommandos gebracht, was auf die gleiche Weise begründet wurde: er befolge Vorladungen nicht. Obwohl es sie einfach nicht gegeben hat.

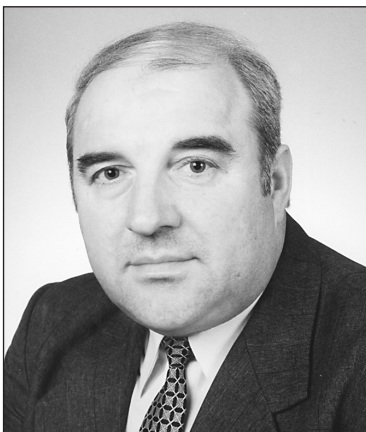
Mir will man nicht verzeihen, dass sich die Wahlergebnisse in der Region, die territorial zur Westukraine gehört, im Unterschied zu den anderen westukrainischen Regionen zu stark zugunsten des Kandidaten Janukow-

itsch unterscheiden. Heute haben nur ein bis zwei politische Kräfte das Sagen in der Region. Als ich aber Gouverneur war, hatten die Leiter von 12 unterschiedlichen Parteiorganisationen Führungsfunktionen in Sakarpatje inne. Zum erstenmal in ihrer Geschichte nahm die Region 2003 den ersten Platz unter allen ukrainischen Regionen nach ihrem sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungstempo ein, 2004 - den zweiten Platz, indem wir nur Kiew vorliessen. Sakarpatje erwies sich als die einzige Region, die den Auftrag des Präsidenten zur zahlenmässigen Reduzierung unrentabler Betriebe erfüllen konnte: während meiner Amtszeit sank ihr Anteil von 44 v.H. auf 4-5 v.H.

Nach der Wahl traf ich mich mit den Leitern der Beobachtergruppen der GUS und OSZE, die keine Beanstandungen der Wahldurchführung in Sakarpatje aussprachen. In keiner Runde. In einigen Dörfern, deren Räte sehr angesehen und Mitglieder unserer Partei waren, kam Janukowitsch auf ein für die westliche Ukraine unglaubliches Ergebnis: 60-70 v.H. Ohne eine einzige Fälschung. Und was erleben wir heute? Gegen diese Dorfräte sind strafrechtliche Verfahren mit der Anklage wegen „Diensmissbrauchs“ eröffnet worden“.

Die Rechtsschutzorgane nahmen den ehemaligen stellvertretenden Chef der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration Wiktor Djadschenko fest. Nach einem Verhör durch Untersuchungsrichter aus der Generalstaatsanwaltschaft wurde er unter der Anklage wegen „Wahlfälschung in Mukatschewo“ verhaftet.

Der juristische Nonsens der mit Wiktor Djadschenko zusammenhängenden Situation besteht darin, dass er wegen der Ergebnisse der Wahl verhaftet wurde, die es de jure nicht gegeben hat. Die Entscheidung über die Verhaftung Djadschenkos traf der gleiche Gerichtshof, der nach den orangenen Ereignissen diese Wahl für null und nichtig erklärt hatte.



Wiktor Djadschenko

Wie die Zeitung „Krugosor“ mitteilte, war der ehemalige stellvertretende Chef der staatlichen Sakarpatskaja Regionaladministration Wiktor Djadschenko einfach in einer Strasse in Ushgorod festgenommen worden.

Dem Auto, in dem er mit seinem Enkelsohn fuhr, schnitt ein Jeep den Weg. Die mit Maschinenpistolen bewaffneten Menschen in überzogenen Gesichtsmasken zwangen Wiktor Djadschenko aus dem Auto und, ohne etwas erklärt zu haben, brachten in die Staatsanwaltschaft in Mukatschewo.

Die Pressestelle der SDPU(V) verbreitete in diesem Zusammenhang eine Erklärung, die diesen Vorfall als „ein nächstes Glied in der gesetzwidrigen, zynischen und zügellosen Kampagne des moralischen, psychologischen und physischen Terrors“ verurteilt, „der sich in der Region und dem Staat gegen alle Menschen richtet, die die bestehende Macht nicht unterstützten und nicht unterstützen wollen. Er ist eine logische Fortsetzung der gleich frechen und heimtückischen Festnahme des Sekretärs der Sakarpatskaja Regionalleitung der SDPU(V) Iwan Risak, gegen den absurde Anklagen erhoben sind, sowie des ehemaligen Chefs des Polizeiamtes Mukatschewo, Oberst

Walerij Dernowoj. Alls das beweist mit aller Deutlichkeit, dass heute in Sakarpatje nicht Gesetz und Recht triumphieren, sondern die berüchtigte „revolutionäre Zweckmäßigkeit“, die Ungesetzlichkeit und die nicht einmal in der sowjetischen Zeit vorstellbaren politischen Repressalien und massenhaften Verletzungen der Grundrechte und Freiheiten des Bürgers.

Die politischen Opponenten Wiktor Djadschenkos aus der heutigen Führungsriege in der Region stellten sich zum Ziel, ihn in den Augen der Öffentlichkeit moralisch zu vernichten, zu erniedrigen und zu diskreditieren“.

„Wiktor Djadschenko wird im Untersuchungsgefängnis in Mukatschewo festgehalten“, schreibt die Zeitung „Krugosor“ weiter. „In bezug auf ihn scheint kein Recht zu gelten. Alle Versuche seitens seiner Verwandten, ihm Arzneimittel und Lebensmittelprodukte zu übergeben, enden erfolglos. Die Nächsten können nicht einmal den Namen seines Untersuchungsrichters erfahren, um notwendige Formalitäten zur Einreichung einer Berufung zu erfüllen. Nach absolut schrankenlosen Regeln der Gesetzlosigkeit erfolgte auch die Durchsuchung in Djadschenkos Haus: die Rechtschützer kamen um 21.00 Uhr angefahren, zetrümmerten die Eingangstür und brachten alles in heilloses Durcheinander“.

Volksabgeordneter Michail Dobkin:

„Heute wird einer nicht wegen eines begangenen Verbrechens festgenommen, sondern deshalb, weil er die politische Kraft vertritt, die SDPU(V) heisst. Wie meine Abgeordnetenpraxis zeigt, wird auch keinesfalls auf Dutzende Beschwerden über das ungesetzliche Vorgehen dieser oder jener Amtsinhaber reagiert. Wie 1937, als man mit dem Finger zeigte und sagte: „Er ist Volksfeind“, reicht es augenblicklich nur ein Gegner der heutigen Macht zu sein, um zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen zu sein oder mit Freiheitsentzug bestraft zu werden“.

Emil Landowskij, der erste Bürgermeister Ushgorods:

„Diese Ereignisse rufen bei mir die Erinnerung an die Jahre 1918-1920 auf, als im Lande der „rote Terror“ herrschte. Die Schuld wurde damals nach anonymen Anzeigen bewiesen, und die Tschekisten, in Ledermänteln und mit Mauserpistolen bewaffnet, schnüffelten nach politisch Verdächtigten aus. Es ist kaum zu glauben, dass solche Aktionen der Durchsetzung der vom Präsidenten der Ukraine verkündeten Linie auf den Zusammenschluss der Gesellschaft beitragen könnten. Diese Art und Weise, Probleme zu bewältigen, entspricht den europäischen Normen nicht, mehr erinnert sie an den asiatischen Weg. Wir begeben uns nach Europa anscheinend auf dem falschen Weg“.

Volksabgeordneter Igor Schurma:

„Gleich nach der öffentlichen Entschuldigung von Minister Luzenko – was ihm natürlich zur Ehre gereicht – haben die



Mitarbeiter der Sakarpatzkij UBOP* einen Befehl erhalten: binnen zwei Tagen Risaks „Gehilfen“ ausfindig zu machen und alle zu ver-

*Verwaltung des Innenministeriums zur Bekämpfung besonders schwerwiegender Verbrechen

haften, die sich der Untersuchung „Risaks Sache“ widersetzen bzw. potentiell widersetzen könnten. Diese Information gelangte auf vertraulicher Weise von jenen Mitarbeitern der Verwaltung und auf ihre eigene Initiative, die im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen begreifen, dass sie verbrecherische Befehle ihrer Führung erfüllen. In den von ihnen aufgestellten Listen finden sich Namen von Hunderten Menschen. Damit wird nur ein Ziel verfolgt – die Menschen einzuschüchtern und von ihnen benötigte Aussagen „herauszuschlagen“. Ebenfalls verfügen wir über Informationen, dass sich die Entwicklungen um den Vorsitzenden der karpatoukrainischen Vereinigten Sozialdemokraten keinesfalls auf die persönliche Konfrontation zwischen dem ehemaligen und jetzigen Gouverneur beschränkt. Tatsächlich sollte er nach unserer Quelle so lange „verschlissen“ werden, bis er eine Zeugnisausage gegen den Vorsitzenden der SDPU(V) Wiktor Medwedtschuk unterzeichnet hat“.

Dmitrij Jurjew, Geschäftsführer des Zentrums „Media-Consulting und moderne Polittechnologien“:

„Während der Wahlkampagne in der Ukraine wurden verschiedene Einschätzungen und Entwicklungsprognosen der politischen Situation verbreitet. Diejenigen, die vor der Gefahr einer sehr gefährlichen Entwicklung nach der Machtergreifung durch die Opposition warnten, wurden einschüchterungen, schwarzer PR-Macherei, Schwärzung der Situation verdächtigt. Ebenfalls dass man aus der Opposition ein Schreckengespenst mache, um das Volk abzuschrecken und seine demokratische Willensbildung zu vereiteln. Nach 100 Tagen Juschtschenkos Regierung stellen wir aber staunend und befremdlich fest, dass die realen Entwicklungen sogar die schwarzesten Prognosen unserer Experten und Politiker übertreffen, die in der Wahlperiode auf der Juschtschenko entgegengesetzten Position standen. Es stellte sich heraus, dass die ukrainischen Orangenen

ihr destruktives Potential maximal zu entfalten suchen. Als man die ukrainische Elite vor Repressionen warnte, meinte man, glaube ich, dass sie bedeutend sanfter ausfielen, indem sie sich mehr unter dem Teppich abwickeln würden.

Doch stellen wir in politischer und wirtschaftlicher Sphäre der Ukraine die Versionen von Bischkek und Andischan fest, nur dass sie von den öffentlichen Plätzen auf die praktische Handlungsebene der Rechtsschutzorgane übergreifen. Natürlich darf man keinen unmittelbaren Vergleich zwischen den Folgen der orangenen Revolution, des Pogroms in Bischkek und des Blutbades in Andischan ziehen. Sie sind unterschiedlich nur deshalb, weil in der Ukraine, Gott sei Dank, noch kein Blut vergossen wird, mit Ausnahme einiger Personen, die Selbstmord begangen haben*. Doch methodologisch und in bezug auf Haltung zur gesellschaftlichen Eintracht sind all diese Situationen sehr ähnlich. In allen drei Fällen haben wir mit zügellosen Revolutionsexperimenten, zügellosen Umsturzversuchen, Macht- und Eigentumsverteilungen zugunsten neuer Kräfte zu tun, die zuvor von Macht und Eigentum zurückgedrängt waren. Wir beobachten eine uneingeschränkte und unaufhaltsame administrativ-wirtschaftliche Revanche im gesamtukrainischen Massstab. Nach meiner Meinung, beweist das aufs neue, dass die gegenwärtig in der Ukraine herrschenden Kräfte und Gruppen nicht einmal über eine Notbremse verfügen und ihre eigenen Handlungen nicht kontrollieren können. Was die Frage ihres äusserlichen Erscheinungsbildes angeht, darüber denken sie ganz am Rande oder überhaupt nicht.

* Nach dem Wahlsieg Wiktor Juschtschenkos und seiner Mannschaft kamen die ehemaligen Minister des Inneren und für Transport und Kommunikation um, die sich erschossen haben sollten

Ein Zeltlager in Ushgorod auseinandergknuppelt

■ **Am 16. Juni verstrich genau ein Monat seit Aufschlagung eines Zeltlagers auf dem Narodnaja Platz in Ushgorod, dessen Teilnehmer sich für die Unterstützung des ehemaligen Gouverneurs der Region und Sekretärs der Sakarpatskij Regionalleitung der SDPU(V), Iwan Risak, und des Mitglieds deren Büros, Wiktor Djadschenko, sowie gegen politische Repressalien einsetzten. Am 20. Juni wurde das Zeltlager von Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane aufgelöst.**

Wie darüber die Pressestelle der SDPU(V) mitteilt, feierte der neue Chef der staatlichen Regionaladministration am 15. Juni seinen Geburtstag. Wohl in der Bestrebung, ihrem Chef einen Gefallen zu tun und ihn den Platz ohne sozialdemokratische Flaggen, Zelte und Jugendliche zu schenken, die dreissig Tage lang ihre eigenen Überzeugungen und die Position von mehreren Tausenden Karpatoukrainer durchsetzen, suchten die Rechtsschützer den Gerichtsbeschluss über die Demontage des Zeltlagers sehr eifrig zu erfüllen.

Es hat heutzutage keinen Sinn, über Unparteilichkeit und Unvoreingenommenheit der Greichtshöfe zu reden, weil auch dieser Beschluss unter Missachtung der gesetzlichen Procederes gefasst worden ist. So erfolgte die Gerichtsverhandlung in Abwesenheit der beklagten Seite – der Vertreter der Sakarpatskaja Regionalorganisation der Ukrainischen sozialdemokratischen Jugend, die diese Aktion organisiert hatte. Der Gerichtshof verfügt auch über keine Bestätigung, dass sein Urteil der beklagten Seite zur Ken-

ntnismahme gestellt wurde. Deshalb wurden die Aktionsteilnehmer vor die vollendeten Tatsachen gestellt: das Zeltlager sollte aufgelöst werden.

„Die Haltung zur Macht aber ändert sich mit jedem Tag, genauso wie die Haltung zu den streikenden Jugendlichen“, sagt der Sekretär der Ushgorodskij Stadtleitung der SDPU(V) Sergej Muschtalir. „Uns suchten selbst Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und der regionalen Verwaltung des Innenministeriums auf, sie bekundeten ihre Sympathien und sagten, dass sich die Macht und die Rechtsschutzorgane in der Karpatoukraine nicht mit ihren unmittelbaren Funktionen, sondern nur mit politischen Verfolgungen beschäftigen. Die Aktivitäten der Staatsanwaltschaft und Polizei liefen sich, kurz und bündig, aus das Einzige – Vernichtung der SDPU(V) in der Karpatoukraine. Alle strafrechtliche Anklagen gegen die in der Region bekannten Persönlichkeiten seien eine Fälschung reinsten Wassers“.

Die Aktionsteilnehmer widersetzten sich nicht der Zeltlagerdemontage, warnten aber die Gerichtsvollzieher und Polizisten, dass die Zelte Privateigentum von Volksabgeordneten seien und jede Handlung dagegen strafrechtliche Folgen nach sich ziehe.

Solch eine eigenartige Konfrontation dauerte etwa drei Stunden lang. Indem sie den Ernst der Situation und eventuelle strafrechtliche Verantwortung begriffen, verzichteten die Vertreter der städtischen Kommunalbehörden darauf, die Zelte abzubauen. Doch gegen 15.00 Uhr lies ein unbekannter Herr, der sich nicht vorstellte und weder den Aktionsteilnehmern noch den anwesenden Journalisten seinen Ausweis vorlegte, drei Zigeuner die Zelte abmontieren.

Auf die Forderungen der Zeltlagerbewohner, sich in die Situation einzumischen, weil die Unbekannten das Eigentum der Volksabgeordneten faktisch entwendeten, reagierte keiner det etwa 30 auf dem Platz anwesenden Ordnungshüter.

Natalia Witrenko, Vorsitzende der Progressiven Sozialistischen Partei (PSPU)*, über Niederknüppelung einer Demonstration

■ **Natalia Witrenko verbreitete eine Erklärung, in der festgestellt wird, dass auf der Grafskaja Anlegestelle in Sewastopol „... reguläre Truppen der ukrainischen Armee Teilnehmer einer friedlichen Protestaktion niedergeknüppelt haben“.**

Wie die Parteivorsitzende berichtete, hatten ihre Parteimitglieder am 7. Mai auf dem Nachimowplatz und der Anlegestelle gegen das Einlaufen der Nato-Schiffe aus dem Anlass der Siegesfeier protestiert. Nach ihrer Meinung wurde dadurch der Artikel 39 der Verfassung der Ukraine verletzt, der festlegt, dass sich ausländische militärische Schiffe in unseren territorialen Gewässern ohne Parlamentszustimmung nicht aufhalten dürfen. Als das deutsche Schiff infolge der Protestaktion bereits abzulegen beabsichtigte, erschienen auf der Anlegestelle Soldaten in ersprenkelter Uniform und fangen, nach dem Befehl der Offiziere, an, die Demonstranten auseinanderzujagen. Dabei schlugen die Soldaten auf die Menschen ganz eifrig... Die Ereignisse auf der Anlegestelle wurden auf Video aufgenommen.

Der Sekretär der Krimskaja Organisation der PSPU Walerij Iwanow bat das Militär zu halten, legte seinen Abgeordnetenausweis vor, appellierte an die Polizei, die Demonstranten zu schützen. Keiner der Polizisten reagierte aber, genau so die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, die sich neben den Zelten befanden.



Natalia Witrenko

Walerij Iwanow, Sekretär der Krimskaja Organisation der PSPU, Abgeordneter der Simferopolskij Stadtabgeordnetenversammlung:

„Am 7. Mai wurde ich vom Platz, wo sich das Handgemenge ereignete, mit der Ersten Hilfe ins städtische Kraknenhaus eingeliefert. Die Ärzte diagnostizierten eine geprellte Gewebewunde am Kopf und Verletzung des Schultergelenkes. Ausser mir erlitten mindestens vier weitere Teilnehmer der Protestaktion Verletzungen unterschiedlicher Stufen. So wurde Wassilij Scharejko, Kommissar der jugendlichen Organisation der PSPU „Junge Garde“ allem Anschein nach Rippen gebrochen“.

Verfolgung der Rechtsanwälte

Der Rechtsanwalt des verhafteten Ex-Gouverneurs der Donezkaja Region Boris Kolesnikow, Andrej Fedur, behauptet, dass die Rechtshutzorgane die Anwälte verfolgen, die Kolesnikow juristisch beistehen:

„Der Rechtsanwalt, der die Interessen Boris Kolesnikows vertritt, wird von den Rechtshut-

* Eine Partei der linken Ausrichtung

zorganen verfolgt. So, dass eine förmliche Fahndung gefehlt hätte. Doch gerade dieser Anwalt praktiziert bereits seit mehreren Jahren, und bislang hatten die Rechtsschutzorgane keine Fragen an ihn. Jetzt aber wird nach ihm beinahe gefahndet, man befragt seine Nachbarn, Verwandten und Freunde.

All das verfolgt nur einen Zweck: die Rechtsanwälte einzuschüchtern, die den Schutz Kolesnikows wahrnehmen, sie zur Eistellung ihrer Aktivitäten zu zwingen. Dies wird von der Polizei getan, die von Herrn Luzenko geleitet wird. Ihre Aktionen sind offenbar als kriminell einschätzen, weil Rechtsanwälte in unserem Land über bestimmte gesetzliche Garantien verfügen.

In diese Serie passt wohl auch die Festnahme der Hauptbuchhalterin des Handelszentrums „Belyj lebedj“*, weil man nach allem Möglichen und mit allen möglichen Methoden gesucht wird. Die Frau brachte man hinter Schloss und Riegel, damit sie sich willig zeigt und alles unterschreibt, was unseren Rechtsschützlern genehm ist.

Das Innenministerium empfiehlt „Beweise seiner Unschuld zu sammeln“

■ **Der Pressedienstleiter des Innenministeriums war kürzlich gezwungen, sich für seine Worte zu entschuldigen, die eine amtliche Erklärung an die Adresse des Vorsitzenden der SDPU(V) Wiktor Medwedtschuk, des Volksabgeordneten Grigorij Surkis und seines Bruders Igor Surkis, Präsident des FC „Dynamo Kiew“, enthielt.**

Wörtlich sagte Konstantin Stognij folgendes: „Sollten die Rechtsschutzorgane irgendwelche Fragen an eine bestimmte Person haben, hätte sie auf eigene Initiative Beweise ihrer Unschuld vorsorglich zu sammeln“. Wiktor Medwedtschuk schätzte diese Erklärung als „himmelschreienden Affront gegen die Verfassung“, die keine Forderung zulässt, sich im unbewiesenen Verbrechen zu rechtfertigen:

„Dass heute „Haupthelden“ aller Nachrichtensendungen Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane sind, von Pressesprechern bis zu den höchsten Funktionären hin, stellt eine sorgfältig geplante Aktion dar, die sich auf „Gehirnwäsche“ der Ukrainer richtet. Ganz natürlich ist auch, dass in diesem Fall als „Antihelden“ die Vertreter der politischen Kräfte fungieren, die über ihre eindeutige Opposition gegen die bestehende Macht erklären. Die Macht verfolgt damit offensichtlich zwei Ziele: Kaltstellung der realen politischen Opposition, die mit jedem Tag an Einfluss gewinnt, und Ablenkung der Öffentlichkeit von den existierenden Problemen. Auch von denen der Macht selbst, die ihre Personalpolitik, die Wirtschaft und andere Lebensbereiche betreffen. Die Macht, die bereits offiziell die Unschuldsvermutung missachtet, steht selbst ausserhalb der Legitimität. Weiter kann es nur um Diktatur gehen. Wenn der Pressesprecher in Range eines Obersten des Innenministeriums öffentlich erklärt, einer solle sich ins Innenministerium begeben und „Beweise seiner Unschuld sammeln“, tätigt er damit keine einfache Aussage, sondern verletzt den Artikel 62 der Verfassung der Ukraine auf das grösste“. Der Chef des polizeilichen Pressedienstes erwiderte darauf mit den Worten: „Um weitere Insinuationen zu vermeiden, bringe ich meine Entschuldigung für die Worte vor, die mehrdeutig ausgelegt werden können“.

* Gegen Boris Kolesnikow wurde eine strafrechtliche Anklage wegen Erpressung erhoben, sie tangiert das Handelszentrum „Belyj lebedj“ in Donezk

Vertreter der SPU* schätzt die Haltung der Macht zu Unternehmern als „Nimm-Alles-Taktik“ ein

Volksabgeordneter Nikolaj Melnik, Mitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine, erklärte von der Parlamentstribüne folgendes:

„Die Arbeit fällt schwer, in der Umgebung von korrumpierten und amoralischen Kadern, die nicht zur Stärkung der wirtschaftlichen Macht des Staates ernannt werden, sondern aus merkantilen Erwägungen. Ich rede konkret über der Sekretär des SNBO**, in dessen Hände die gesamte Kaderpolitik des Staates gelegt wurde. Er ist kein ehrlicher Politiker, sondern ein millionenschwerer Geschäftsmann.

Die Familie*** Poroschenkos betreibt auf den ihr untergeordneten Territorien eine Politik der Erpressung und Bestechung, des moralischen und Kraftpressings auf die Bürger des Landes“.

Melnik berichtete über einen der ukrainischen Geschäftsleute, der zum „Opfer Poroschenkos Willkür“ fiel und beschloss, sich an den Vater Pjotr Poroschenkos, Alexej Iwanowitsch, in der Hoffnung auf Unterstützung zu wenden: „Alexej Iwanowitsch, die Kraftmethoden sind doch unzulässig, die sind nicht nur undemokratisch, sondern auch antihuman. Ich habe ohnehin grosse Verluste getragen, und jetzt lasst ihr mich buchstäblich mit Bettlertasche durch die Welt streichen“.

*Sozialistische Partei der Ukraine - eine linksgerichtete Partei

**Der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, ein Koordinationsorgan beim Präsidenten der Ukraine, koordiniert und kontrolliert die Tätigkeit der vollziehenden Organe im Bereich der nationalen Sicherheit und Verteidigung

***In diesem Sinne bedeutet „Familie“ einen Kreis gleichgearteter Leute

Nach den Worten des Abgeordneten, erwiderte darauf der Vater ganz offen: „Hor mal, Junge, wir sind nicht deshalb an die Macht gekommen, um mit dir zu spielen, sondern dir alles wegzunehmen“. Solche Beispiele können in Hunderten angeführt werden. Es erübrigt sich natürlich, die Schattenwirtschaft zu erwähnen, die Poroschenkos Familie aufgebaut hat.

Melnik stellte dem Präsidenten die Frage: „Sagen Sie bitte, Wiktor Andrejewitsch,

bei wem kann man vor der banditenähnlichen Willkür der Familie Poroschenkos Schutz finden? Wären wirklich die Zeiten zurück, wo man sich bei ihm als Rekrut verdingen und sich damit bewusst in die Leibeigenschaft begeben sollte? Wiktor Andrejewitsch, es ist an der Zeit, dass Sie definitiv das Versprechen erfüllen, das Geschäft von der Macht zu trennen, das Volk wartet darauf. Lassen Sie die Geschäftsleute ihren Business treiben, während Politik von Politikern zu machen ist. Geschäft und Politik bilden jetzt in der Machtstruktur allmählich die kritische Masse, die eine neue orangene Revolution hervorrufen kann“.

Strafrechtliche Anklage gegen Beamten hat Merkmale eines politischen Auftrags

Ende Mai wurde der Leiter der Regionalbehörde für Gesundheitswesen der staatlichen Poltawskaja Regionaladministration Wiktor Lysak festgenommen

Darüber berichtet Wladimir Slepzow, Journalist der Wochenzeitung „2000“, folgendes:

„Die offizielle Version der Festnahme W. Lysaks läuft auf die erdachte Anklage, seine Behörde hätte minderwertige Röntgengeräte für das regionale Krankenhaus und die regionale Tuberkulosefürsorgestelle gekauft. Es wird unterstellt, dass die diagnostischen Geräte der japanischen Firma „Shimadzu Corp.“ wären schlechter als die der ukrainis-



Wladimir Slepzow

chen Herstellerfirma WP Kwant GmbH. Doch die medizinischen Fachleute sind einer anderen Meinung: die japanischen Geräte seien moderner, sie funktionieren störungsfrei und zuverlässig sowie überschreiten sie die zulässigen Bestrahlungsmengen nicht. Die technischen Parameter der Ausrüstungen sind dokumentarisch bestätigt. Deshalb traf der regionale Ausschreibungsausschuss kollegial die Entscheidung über den Kauf der Ausrüstungen, die ausgerechnet von der japanischen Firma „Shimadzu Corp.“ angeboten wurden. Seine Rolle spielten auch der Kostenfaktor, weil der Preis von der WP Kwant GmbH um 50.000,- Griwna bedeutend höher angesetzt wurde, sowie die traurigen Erfahrungen des 1. städtischen Krankenhauses in Poltawa, das den Röntgenkomplex der ukrainischen Firma über drei Jahre lang (!) nicht in Betrieb nehmen konnte.

Niemand bezweifelt, dass die „Sache Lysaks“ in die Auftragskategorie gehört, weil die neue Evекutive eine klare Aufgabe stellte: in jeder Region zwei bis drei aufsehenerregende strafrechtliche Verfahren gegen Vertreter der alten Macht zu eröffnen. Auch nicht zufällig wurde der Leiter der regionalen Behörde für

Gesundheitswesen der staatlichen Regionaladministration W. Lysak gleich nach der Präsidentenvisite nach Poltawa verhaftet. Bekanntlich wurden von ihm die örtlichen Ränge aus der Polizei und Staatsanwaltschaft wegen fehlender strafrechtlicher „Muster“-verfahren hart gerüffelt – das reichte, um die Vergeltungsmaschine in Gang zu setzen.

Die meisten gegen die neue Macht loyalen Massenmedien verbreiteten übrigens die Information, dass der ehemalige stellvertretende Chef der staatlichen Regionaladministration W. Lysak festgenommen worden sei. Wer lieferte den Massenmedien diese Information? Ob die Pressestelle der regionalen Verwaltung des Innenministeriums wirklich keinen Unterschied zwischen dem stellvertretenden Chef der staatlichen Regionaladministration und dem Leiter der regionalen Gesundheitsbehörde sieht? Oder sollte es einfach gewichtiger klingen?

Nachdem der in Ungnade gefallene Arzt über drei Wochen lang im Untersuchungsgefängnis gehalten worden war, wurde er doch befreit. Im Vorinfarktzustand wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, darüber hinaus verschlechterte sich sein Sehvermögen dramatisch.

Doch der erste stellvertretende Gouverneur Wiktor Inosenzew malt in Dienstbesprechungen weiterhin Schreckensbilder aus, wie Dutzende Menschen mit dem Röntgengerät der „Shimadzu Corp.“ überbestrahlt wären. Ob dieser Komplex vielleicht in die Ukraine eingeschmuggelt und nie überprüft wäre? Keinesfalls. Das Gerät wurde von Komitee für technische Regelung und Verbraucherpolitik zum Betrieb zugelassen, es ist in dem Staatlichen Dienst für Arzneimittel und medizinische Gerätschaften registriert und durch das Ukrainische Prüf- und Zertifizierungsinstitut für elektrotechnische Ausrüstungen zugelassen, worüber ein entsprechendes Protokoll besteht.

MEINUNGSFREIHEIT

Die Macht mischt sich in die Redaktionspolitik der Medien ein

■ **Die Online-Zeitung „Telekritika“ veröffentlichte ein Dokument, das beweist, dass die neue Macht den Massenmedien die Auslegungswiese dieser oder jener Ereignisse vorschreibt. Die Versuche, die Redaktionspolitik zu steuern, erfolgen natürlich in verschleierte Form, weil die Anweisungen nicht direkt an die Massenmedien, sondern an die regionalen Organisationen der regierungsnahen Partei NSNU* verschickt werden**

Diese Rundschreiben werden im analytischen und Informationsdienst der NSNU zusammengestellt. Auf den ersten Blick, schreibt die „Telekritika“, darf einer Partei das Recht nicht verwehrt werden, die Weltauffassung ihrer Parteimitglieder auf eigenes Ermessen zu formen. Doch es sei daran zu erinnern, dass die regionalen Organisationen der NSNU mindestens von 10 Gouverneuren und zahlreichen kleineren Beamten geleitet werden. Aus diesem Grund erscheinen solche Instruktionen mehr als Befehle zu konkreten Aktionen, weil die Beamten mit dem Parteibuch die örtlichen Massenmedien kontrollieren und über administrative Ressourcen verfügen. Es ist nicht auszuschliessen, dass bald die Leiter der regionalen Fernseh- und Rundfunkanstalten direkt instruiert würden und die Generallinie der Partei dem ganzen Staat den Weg vorschreiben würde.

*NSNU - Volksunion "Unsere Ukraine" - eine regierungsnahen Partei

Nachstehend sind einige Auszüge aus dem Dokument angeführt, das folgenderweise aufgebaut ist: zuerst folgt eine Informationsmitteilung über das Ereignis, und dann - diesbezügliche Empfehlungen.

„...Die Arbeitspartei und die Allukrainische Partei der Werktätigen bildeten den zwischenparteilichen Block „Arbeitsunion“ zwecks Teilnahme an den Parlaments- und Kommunalwahlen 2006... Empfehlungen: Jegliche Kommentare sind zu vermeiden. Die regionalen Parteistrukturen haben auf die Möglichkeit zu achten, örtliche Gewerkschaften in den Wahlblock zu integrieren“.

„... In bezug auf seine weiteren politischen Perspektiven unterstrich Vize-Premierminister Tomenko, er möchte auch auf der bevorstehenden Parlamentswahl in der einheitlichen Parteiliste mit der Volksunion „Unsere Ukraine“ (NSNU) und dem Block Julia Timoschenkos (BJUT) sehen... Empfehlungen: Ein besonderer Akzent ist darauf zu setzen, dass die Haltung N. Tomenkos in bezug auf Anwesenheit des Präsidenten in der Wahlliste ausschliesslich seine persönliche Meinung darstellt und ganz wahrscheinlich auf eine „PR-Provokation“ zielt“.

„Die Premierministerin der Ukraine Julia Timoschenko lenkte die Aufmerksamkeit der Kabinettsmitglieder auf die Notwendigkeit, in erster Linie Aufträge des Präsidenten zu erfüllen“. Empfehlungen: Informationen sind zu verbreiten, die hervorheben, dass die Regierung von W. Juschtschenko aufgestellt ist und in erster Linie vor dem Präsidenten zu verantworten hat. Künftig sind in Gesprächen und Kommentaren solche Wortverbindungen wie „Timoschenkos Regierung“ zu vermeiden, es wird die Wortverbindung „Juschtschenkos Regierung“ empfohlen“.

„Die Führung der Volksunion „Unsere Ukraine“ wirbt Vertreter der Ukrainischen Volkspartei (UNP) in ihre Reihen ab. Darüber teilte der Vorsitzender der UNP Jurij Kostenko... Empfehlungen: Wenn nötig,

ist der Kommentar P. Olejniks zu verbreiten, dass es „...nicht korrekt ist, seine Partner des Kraftdrucks zu bezichtigen, den es in Wirklichkeit nicht gibt und nicht geben kann“.

„Erklärung J. Echanurows bezüglich der Opposition. Empfehlungen: J. Echanurows Kommentar ist möglichst weit zu verbreiten, mit dem Akzent auf Schwächen und ungenügender Strukturiertheit der Opposition“.

„Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine Pjotr Simonenko meint, dass die vorgeschlagene administrative und territoriale Reform dem Volk die Macht nicht höher bringen und die Kompetenzen der territorialen Gemeinden nicht ausbauen wird. Nach seiner Meinung, verfüge die Regierung nicht einmal über eine analytische Prognose für eventuelle wirtschaftliche und soziale Folgen, die die administrative und territoriale Reform nach sich ziehen würde... Empfehlungen: Folgendes ist hervorzuheben: Die Erklärung P. Simonenkos hat keinen konzeptuellen Inhalt und enthält keine konstruktive Kritik, was davon zeugt, dass die KPU über keine eigene Vision der Lösung dieses Problems verfügt. Im Unterschied zum Populismus der KPU nimmt die NSNU als W. Juschtschenkos Partei eindeutige Positionen in dieser Frage ein“.

„W. Janukowitsch meint, die Gesellschaft habe Recht zu wissen, mit wessen Mitteln die „orangene Revolution“ finanziert wurde. Empfehlungen: Es ist zu betonen, dass ähnliche populistische Erklärungen W. Janukowitschs Millionen Bürger der Ukraine beleidigen, die sich bewusst für den Volkspräsidenten W. Juschtschenko ausgesprochen haben. Es ist breit auf strafrechtliche Verfahren hinzuweisen, die von der Generalstaatsanwaltschaft wegen ungesetzlicher Überweisungen aus den Strukturen des Ministeriums für Transportwesen zur Unterstützung der Wahlkampagne W. Janukowitschs eröffnet wurden“.

Der analytische und Informationsdienst

Die Macht schliesst nicht willige Fernsehkanäle und verfolgt ihre Redakteure

■ Ende Mai wurden die Sendungen der Luganskaja Fernseh- und Rundfunkanstalt LOT AG eingestellt. In diesem Zusammenhang verbreiteten die Mitarbeiter der Gesellschaft eine Pressemitteilung, in der u. u.festgestellt wird:

„Aufgrund der bestehenden Verträge wurden die Programme der LOT AG innerhalb von zwölf letzten Monaten ausgestrahlt. Wir behaupten: die Absicht, die Verträge zu kündigen und aus dem Äther unsere Programme zu verbannen, ist ausschliesslich politisch motiviert. Die neue regionale Macht möchte sich nämlich gegen die Meinungsverbreitung der unabhängigen Journalisten absichern, weil ausgerechnet unsere Standpunkte die jetzige regionale Machtmannschaft reizen. Die jüngsten Handlungen und Erklärungen der Leiter der regionalen Macht, einschliesslich die des Gouverneurs Alexej Danilow persönlich, beweisen, dass man alles unternimmt, um der LOT AG die Äthemöglichkeiten zu verwehren.“

Auf diese Weise stellt unsere erzwungene Entfernung vom Kanal nichts anderes dar, als ein Versuch der Macht, Andersdenkende niederzudrücken, die Schuld für die Niederlage des Wahlstabs Juschtschenkos in der Luganskaja Region, der von Alexej Danilow geleitet wurde, auf Massenmedien, insbesondere auf unsere Gesellschaft, herabzuwälzen. Wir sind der Meinung, dass die von der regionalen Macht ergriffenen Massnahmen auf den Aufbau eines alternativlosen Informationsraumes in der Region als erster Schritt zum totalitären System gerichtet werden.

Die jüngsten Ereignisse um unsere Fernseh- und Rundfunkanstalt betrachten wir als eine böswillige Behinderung für die Erfüllung der journalistischen Berufspflichten. Sie sind offener Druck auf Massenmedien.

Wir halten die Praxis der Einteilung der Massenmedien in zwei Lager - des der Blauweissen** und das der Orangenen** für unzulässig.

Wir rufen unsere Kollegen im Journalismus auf, uns beim Schutz unserer Rechte sowie des Rechtes unserer Landsleute auf Meinungsfreiheit zu unterstützen. Wir appellieren an alle Bürger der Ukraine, an alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, die Abrechnung der regionalen Macht mit den unabhängigen Massenmedien zu verurteilen“.

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, wurde in der Luganskaja und den anderen Regionen der Ukraine eine Aktion der Unterschriftensammlung zum Schutz der LOT AG angefangen. Die in Ungnade gefallene Fernseh- und Rundfunkgesellschaft liegt auf dem dritten Platz auf der regionalen Ratingliste der meistgesehenen Programme. Leider sind solche gesetzwidrigen Handlungen immer öfter in der Ukraine zu verzeichnen. Vor einigen Tagen erklärte auch die Leitung der Fernseh- und Rundfunkanstalt UNION (Makejewka) wegen Einmischung in ihre Tätigkeit über die Schliessung des Kanals. Diese Gesellschaft sendete für einige Städte der Donezkaja Region, einschliesslich die Regiosstadt.

■ Der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk diskutierte vor kurzem die Ergebnisse der Revision der Fernsehgesellschaft TET AG in bezug auf die Erfüllung der ukrainischen Gesetze und Lizenzbedingungen. Es wurde eine Sanktion gegen den Kanal in Form einer Mahnung beschlossen. Auf solche Weise wurde die TET AG der erste, und der einzige, überregionale Fernsehkanal, dem eine solche Strafe verhängt ist.

Der Vorstandsvorsitzende der Fernsehgesellschaft TET AG Grigorij Tytschina hält die Entscheidung des Nationalrates für politisch motiviert: „Über eine solche Form der Einflussnahme verfügt der Nationalrat wirklich: verletzt eine Gesellschaft das Gesetz, wird sie fürs erste ermahnt. Wir wurden zweierlei Verstösse beschuldigt: Übertragung von russischsprachigen Programmen und Überschreitung der Werbezeit. Ich bin aber der Auffassung, dass das Protokoll, auf dessen Grundlage die Entscheidung des Nationalrates getroffen wurde, nicht der Wirklichkeit entspricht, sondern die Revisionsergebnisse manipuliert. Während der Kontrolle wurde die Werbequote in keiner astronomischen Stunde übertreten. Ich bin kategorisch nicht einverstanden, dass wir angeblich die 20-prozentige Quote verletzen, die laut Gesetz während einer astronomischen Stunde für die Reklame reserviert werden darf.

Darüber hinaus halten wir für absolut unkorrekt, dass an uns die Norm des Gesetzes über Fernsehen und Rundfunk angewandt wird, die die Staatssprache anbelangt. Ich meine die Passage: „die Fernseh- und Rundfunkgesellschaften strahlen ihre Sendungen in der Staatssprache aus“. Doch der nächste Satz des Gesetzes lautet folgendermassen: „Die Sendungen für einzelne Regionen dürfen in den Sprachen der nationalen Minderheiten erfolgen, die darin kompakt leben“. Da in den betreffenden Regionen, für die die TET ausstrahlt - in Kiew, auf der Krim, im Osten der Ukraine und sogar im Westen - russischsprachige Bürger leben, dazu im bedeutenden prozentualen Anteil, ist die Befriedigung ihrer Bedürfnisse in der Sprachsphäre ganz berechtigt. Auf diese Weise entspricht die Sprachpolitik der Gesellschaft voll und ganz dem geltenden Recht und den Lizenzbedingungen. Deshalb bedrückt mich als Vorstandsvorsitzenden der Gesellschaft der Versuch des Nationalrates mehr zu verlangen, als das Gesetz vorschreibt. Auf seiner Sitzung wurde mir unmissverständlich gesagt, die Sendungen hätten nur in der Staatssprache

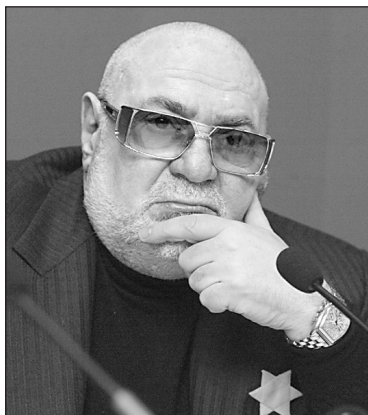
zu erfolgen. Ich schätze das als eine Druckintention ein.

Die Entscheidung dieser Behörde ruft auch aus einem anderen Gesichtswinkel Verwunderung hervor: für die uns inkriminierten Verletzungen könnten praktisch alle Fernsehgesellschaften zur Verantwortung gezogen werden. Weil es in der Ukraine keinen einzigen überregionalen Fernsehkanal gibt, der in seinem Sendeplan keine russischsprachigen Programme hätte. Doch die Strafsanktion wurde nur sehr wahlweise gegen die TET verhängt. Das gibt Anlass, über echte Beweggründe der Handlungen des Nationalrates zu überlegen. Wir können nicht umhin festzustellen, dass diese Behörde in ihrer neuen Zusammensetzung zu einem Repressalienwerkzeug mutiert. Obwohl, was ich betonen möchte, die TET ein richtiger Unterhaltungskanal ist, indem er in seinem Sendeplan keine politischen Programme, nicht einmal Informationssendungen, führt. Er ist sozusagen ein apolitischer Kanal für Hausfrauen.

Trotz aller Kritik gegen ihn hat der vorherige Nationalrat einer grösseren Fernsehgesellschaft keine ähnlichen Mahnungen gemacht. Heute aber kann es so vorkommen, dass für jeden Verstoß mit Strafsanktionen zu rechnen wäre. Obwohl das Gesetz keine bestimmten Strafen festlegt: werder für sprachliche Probleme, noch steuerliche Unzulänglichkeiten, noch Feuerschutzregeln. Bald kommt die Parlamentswahl, deshalb ist ein Defizit der Ätherressourcen zu spüren. Also sollte man einem die Sendefrequenz wegnehmen, um sie dem anderen abzugeben. Warum geschieht das aber auf Kosten der Gesellschaft, die seit langem und erfolgreich funktioniert?“.

Der berühmte ukrainische Komponist Jan Tabatschnik:

„Gegenwärtig wird mit Fernsehkanälen, Theaters und Andersdenkenden abgerechnet, was nicht zulässig ist. Ich nehme an, man möchte uns zwingen, im Gleichschritt zu



Jan Tabatschnik

marschieren, und vorschreiben, welche Fahnen wir tragen sollten. Ich hätte da einen Vorschlag: privatisieren wir ein Stückchen Sibiriens, um alle Unerwünschten dorthin zu verbannen! Übrigens bewegen wir uns wir daran in einem sehr schnellen Tempo. Wenn wir die Tendenz beobachten, dass sich die Macht bemüht, nur noch einen einzigen Kanal zu lassen, den alle zu sehen hätten“.

■ **Dem Druck wird der Chefredakteur des redaktionellen und verlegerischen Komplexes „Slagoda“ sowie der gleichnamigen Zeitung Sinowij Sturnak ausgesetzt Dieser Medienmann aus der Stadt Tlumatsch, die Iwano-Frankowskaja Region, hat während der Präsidentenwahl den regionalen Wahlstab Wiktor Janukowitschs * * geleitet.**

Noch im November, gleich nach der zweiten Wahlrunde, wurde im Haus die Personalversammlung durchgeführt, auf der die örtlichen Parteichefs, die Wiktor Juschtschenko unterstützt hatten, den Absetzungsversuch Stur-

naks unternahmen. Doch die Kollegen setzten sich für ihn ein.

Wie die Zeitung „2000“ schreibt, wurde die nächste „Folge“ des Dramas „Nieder mit dem unwilligen Redakteur!“ auf der Sitzung des Kreisrates ausgetragen, die im darauffolgenden Offenen Appell des Mitarbeiterkollektivs der „Slagoda“ wie nachstehend beschrieben wurde: „Mehrere Stunden lang machten sich die Abgeordneten des Kreisrates über den Chefredakteur Sinowij Sturnaks her, indem sie ihn zum Herzinfarkt oder unter Einsatz von zahlreichen Erpressungsmethoden zum freiwilligen Rücktritt zwangen“. Das letztere haben sie in letzter Instanz auch erreicht.

Der Vorsitzende des Nationalen Journalistenverbands der Ukraine (NSJU) Igor Lubtschenko bezeichnete Sinowij Sturnak

anschliessend als einen „ausgezeichneten Journalisten und Organisator“. Indem er die Haltung der Verbandsführung und die Meinung seiner Kollegen berücksichtigte, rief der Chefredakteur sein Rücktrittsgesuch ab, was die örtlichen Abgeordneten wieder zur weiteren Sitzung am 6. Mai veranlasste, auf der sie bereits ein „Disziplinarverfahren“ gegen den Widerspenstigen behandelten. Die Volksabgeordneten waren aufgeregt und kargten nicht mit Drohungen: „Sturnak ist ein guter Leiter und Geschäftsmann, soll aber für Moral abgesetzt werden, weil er die alte Macht unterstützte“. Oder: „Sollte sich das Mitarbeiterkollektiv für Sturnak einsetzen, nehmen wir denen die Räumlichkeiten und Ausrüstungen ab, und die können mit Sturnak abhauen!“.

XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT

In der Ukraine werden antisemitische Stimmungen geschürt

■ In Kiew wurde eine internationale Konferenz durchgeführt, die unter dem Motto „Dialog der Zivilisationen: Zionismus als die grösste Gefahr für die moderne Zivilisation“ stand. Der Gastgeber dieser Konferenz war die Zwischenregionale Akademie für Personalmanagement (MAUP), und als Ehrengast fungierte David Duke, der augenblicklich den amerikanischen Ku-Klux-Klan führt und in den USA wegen des Rassismus abgeurteilt wurde. Auf der Konferenz wurden Aufrufe zur Deportation der Juden aus der Ukraine laut

Wie in diesem Zusammenhang die Zeitung „2000“ feststellt, wurde so ein unglaubliches Ereignis in vielem dadurch möglich, dass die oberste Gewalt in der Ukraine nicht gehörig auf den jüngsten skandalösen „Offenen Brief“ reagiert hatte, obwohl Staatssekretär Alexander Sintschenko gezwungen war, seinen antisemitischen Charakter anzuerkennen (der Brief war von 100 Personen unterschrieben, unter denen sich Politiker, Abgeordnete und andere gesellschaftliche Persönlichkeiten befinden). Die Macht schwieg, obwohl der Brief sich persönlich an den Staatspräsidenten Juschtschenko, den Vorsitzenden der Werchownaja Rada Litwin und den Präsidenten

des Obersten Gerichtshofes Maljarenko richtete. Gleichfalls reagierten keine anderen staatlichen Strukturen, die laut Gesetz dazu verpflichtet sind, u. a. die Staatsanwaltschaft und das Innenministerium.

Diese Haltung der Macht kann schwer anders erklärt werden als dadurch, dass sie nicht willig ist, ihre Anhängerschaft zu erzürnen. Es macht kein Geheimnis, dass die Briefunterzeichner auf der Präsidentenwahl Wiktor Juschtschenko unterstützt haben. Und am Gebäude der MAUP wurde kürzlich ein Basrelief zu Ehren Herrn Juschtschenkos eingeweiht.

Die gegenwärtige Macht hat es gern, an allen Ecken und Enden ihr „Europäisch-Sein“ zu deklarieren, ihre Ergebenheit den Prinzipien und Normen der zivilisierten Welt, die Bereitschaft, den zwischennationalen Frieden zu garantieren sowie die Rechte jedes einzelnen Bürgers unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit zu schützen. Tatsächlich demonstriert sie das Gegenteil, weil es sich herzustellen, dass xenophobe Ausschreitungen keine Folgen nach sich ziehen.

Wie auch zu erwarten war, wurde die fehlende Reaktion der Macht auf diesen xenophoben Ausfall von bestimmten Kreisen, wenn nicht als Aufmunterung, wenigstens doch als Zeichen dafür aufgenommen, dass ihnen in der Ukraine alle Möglichkeiten für weiteres Treiben offenstehen.

Wie die Online-Zeitung MIGnews.com.ua mitteilt, beschloss der Akademierektor Herr Tschekin eine Inspektion in den MAUP-Filialen durchzuführen, die in zahlreichen Regionalstädten funktionieren. Das war zum erstenmal in der Geschichte der unabhängigen Ukraine, dass eine Inspektionsgruppe die nationale Zugehörigkeit der Dozenten überprüfte. Doch wurde Tschekin eine entschiedene Abfuhr in der Charkowskaja Filiale der MAUP erteilt, deren Studenten und Dozenten Streikposten vor der Hochschule und der staatlichen Regionaladministration aufstellten sowie sich an Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun mit einem Protestschreiben wandten. Darin

wird u.a. festgestellt: „Wir als Professoren, Dozenten und Studenten der Charkowskaja Hochschule der MAUP sind tief besorgt, dass die Leitung der MAUP in Kiew in den letzten Jahren die ideologische Arbeit betreibt, die auf Schürung des nationalen Zwistes gerichtet ist... Wir sind der Meinung, dass sich der jüngste Wechsel einer Reihe von Direktoren der regionalen Hochschulen der MAUP unmittelbar mit ihrer nationalen Zugehörigkeit verbunden ist“. Das Schreiben betont ebenfalls, dass Tschekin in seinen „Parteibetrieb“ Studenten und Dozenten hereinzuziehen suche, dabei „basierend die Parteiideologie im wesentlichen auf dem wütenden Nationalismus, der des öfteren in den Rassismus übergreift. Es wird verkündet, dass alle Leitungsfunktionen nur Vertreter der (ukrainischen) Titelnation innehaben dürfen“.

Wie die Zeitung „2000“ dazu schreibt, hätte Herr Tschekin die „orangene Revolution“ offensichtlich als eine neue Möglichkeit aufgenommen, seine zweifelhaften Ideen nicht nur weit und breit zu propagieren, sondern sie auf einem höheren Niveau zu pflegen, u.a. durch Aktionen auf der politischen Arena. Leider verfügt Tschekin über bestimmte Voraussetzungen dafür. Warum auch nicht, wenn das Justizministerium eine Partei registriert, in deren Programm schwarz auf weiss eingetragen ist: „Die Partei setzt sich für die Priorität der Vertreter der ukrainischen Ethnie in allen Machtstrukturen ein“ oder: „Wir sind für die Wiederherstellung der Zeile „Nationalität“ in den ukrainischen Bürgerpässen“...

Jetzt meldeten sich Herr Tschekin und seine Gefährten auf der internationalen Arena. Unter Duldung seitens der Machk riskiert es Kiew als internationales Zentrum des Rassismus berüchtigt zu werden. Ausgerechnet in der Hauptstadt der Ukraine – ind zum erstenmal in ihrer Geschichte – duldet am 3. Mai die Macht schweigend und stellte sogar unter Polizeischutz den Spektakel, der nicht anders bezeichnet werden kann als xenophob-rassistischer Hexentanz. Auf der

von der MAUP durchgeführten Konferenz „Dialog der Zivilisationen: Zionismus als die grösste Gefahr für die moderne Zivilisation“ ertönten sogar Forderungen, die Juden aus der Ukraine zu deportieren. In Anwesenheit des Volksabgeordneten der Ukraine, Mitglieds der BJT-Fraktion Lewko Lukjanenko, der im Präsidium sass, einiger Vertreter der höchsten polizeilichen Führung, des bekannten ukrainischen Filmregisseurs Jurij Iljenko, des Vorsitzenden der Buchkammer Nikolaj Sentschenko und anderer mehr...

„Zu den unbestrittenen Leistungen der unabhängigen Ukraine zählen zwischennationaler Frieden, niedriges Niveau der Xenophobie und des Antisemitismus“, wird in dem diesbezüglichen Aufruf der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigte) an die OSZE-Konferenz zu Antisemitismus und anderen Formen der Intoleranz hervorgehoben. „In der letzten Zeit aber zeichnen sich in dieser delikaten und feingefühligen Sphäre, die zwischennationale Verhältnisse immer waren, ziemlich besorgniserregende Tendenzen ab. Dies betrifft direkt solche abscheuliche Form der Xenophobie wie Antisemitismus.“

Wie es auch verwundern mag, - insbesondere aus der Sicht eines westlichen Beobachters, der die „orangene Revolution“ als ein Akt der Demokratie und Freiheit aufgenommen hat, - riefen die neuen Kräfte, die an die Staatsmacht gekommen sind, den Antisemitismus ins Leben.

In der ersten Reih der Protagonisten antisemitischer Stimmungen und Vorurteile marschieren die Kräfte, Politiker und die gesellschaftlichen Persönlichkeiten, die dem siegreichen „orangenen“ Lager angehören. Ihrerseits erwies sich die Macht, trotz ihrer direkten Funktion, die Verfassung und die Rechtsnormen zu schützen, als Protagonistin und Helfershelferin jener Kräfte, die in der ukrainischen Gesellschaft antisemitische Stimmungen schüren.

Mitte April veröffentlichte die Zeitung „Personal plus“, die von der Zwischenregionalen Akademie für Personalmanagement heraus-

gegeben wird, einen Offenen Brief, der von einer Gruppe der Abgeordneten aus den regierungsnahen Fraktionen, einigen Mitgliedern des Nationalen Schriftstellerverbands der Ukraine, fünf Zeitungschefredakteuren, fünf Zeitschriftenchefredakteuren und vielen anderen Persönlichkeiten unterzeichnet wurde, die in den gesellschaftlich-politischen Kreisen des Landes bekannt sind.

Die Briefverfasser beleidigten nicht einfach das jüdische Volk, sie suchten zwei Ethnien - die jüdische und die ukrainische - als gegenseitig feindliche Kräfte direkt gegenüberzustellen. Einige Passagen des Briefes sind nicht anders als Aufrufe zu ethnischen Säuberungen und Pogromen zu begreifen. Die Verfasser, - es sei nochmals betont, sie geniessen einen hohen Status in politischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und Hochschulkreisen der Ukraine, - verlangten faktisch, den „Kampf gegen Judentum“ in den staatlichen Rang zu heben, ihn beinahe der staatlichen Politik zugrunde zu legen. Dieser Fakt des unverhohlenen Antisemitismus rief eine Welle der Empörung in den gesellschaftlich-politischen Kreisen der Ukraine hervor, für die die Ideale der Demokratie und des Humanismus, der Achtung der Menschenrechte keine leere Hülle sind. Eine ganze Reihe von Parteien und Bewegungen, einschliesslich die SDPU(V), verurteilten diesen Brief öffentlich.

Eine operative und öffentliche Reaktion, vor allem aber konkrete Schritte, die sich aus der Verfassung und der Gesetze der Ukraine ableiten lassen, erwarteten wir auch von den Vertretern der ukrainischen Macht. Darüber hinaus, wie oben hingewiesen, richtete sich der Brief unmittelbar an die höchsten Repräsentanten des Staates, war von mehreren politischen Mitsreitern Wiktor Juschtschenkos unterschrieben, was der Macht - und dem Präsidenten persönlich - zusätzliche Verpflichtungen auferlegte, u.a. moralischer Eigenschaft. Doch es erfolgte keine Reaktion: weder durch Erklärungen noch durch konkrete Aktionen zur

Unterbindung antisemitischer Ausfälle, wie es das Gesetz vorschreibt.

Die erste Unterschrift unter diesem Offenen Brief antisemitischen Inhalts gehört Herr Tschekin, dem Rektor der Zwischenregionalen Akademie für Personalmanagement (MAUP), die in der Ukraine als eine unrühmliche Struktur bekannt ist und in ihren Schriften antisemitische und rassistische Stimmungen verbreitet. Darüber hinaus gründete ihr Chef, Herr Tschekin, die Ukrainische Konservative Partei, die vor kurzem im Justizministerium registriert war.

Trotz der Tatsache, dass sich das Parteiprogramm im offensichtlichen Widerspruch zur ukrainischen Verfassung befindet, die allen Bürgern unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit gleiche Rechte gewährleistet, hielt es das Justizministerium für möglich, die Partei zu registrieren. Indem es faktisch Nationalismus und Xenophobie in den gesetzlichen Rang erhob und den Menschen den politischen Weg öffnete, die solche menschenfeindlichen Ideen propagieren. Dadurch kann die Ukrainische Konservative Partei ihre mehr als zweifelhaften Ansichten vor der kommenden Parlamentswahl 2006 in die breite Masse tragen. Dies kann seinerseits nur zur zusätzlichen Entfaltung der zwischennationalen Spannungen in der Ukraine, zum Wachstum der Xenophobie und des Antisemitismus führen.

Eine besondere Sorge wurde dadurch hervorgerufen, dass Xenophobie und menschenfeindliche Propaganda in der Ukraine in letzter Zeit eine qualitativ neue Ebene erreicht hat, indem sie vom alltäglichen ins politische Niveau gestiegen ist, was den Antisemiten neue Möglichkeiten eröffnet, ihre Ideen zu verbreiten.

Indem wir die Aufmerksamkeit solcher einer geachteten und hochangesehenen Organisation, wie die OSZE, auf deutliche Probleme mit Antisemitismus in der Ukraine lenken, hoffen wir auf Ihre Unterstützung, darauf, dass Sie nicht gleichgültig bleiben. Es darf nicht zugelassen werden, dass in einem

europäischen Land des 21. Jahrhunderts der freche Antisemitismus und Nazismus unterschiedlicher Prägung den Kopf erheben, dass Rassisten und xenophobe Kräfte unbestraft ihre Ideen popularisieren und offen zu ethnischen Säuberungen aufrufen können“, stellt die SDPU(V) fest.

In Lwow wurde eine Kirche geschändet

Eine armenische Kirche, die in der Stadtmitte Lwows liegt, wurde von unbekanntenen Personen geschändet, indem ihre Wand im Innenhof mit einem Hakenkreuz und der Inschrift „Armenier – gleiche Juden – raus aus Lwow!“ beschminkt wurde. Die Kirchenvertreter sahen sich gezwungen, die Polizei anzurufen. Nach den Worten eines Geistlichen, ist es besonders abscheulich, dass diese Untat kurz vor dem 24. April passierte, das heisst dem 90. Jahrestag des Genozids am armenischen Volk. Die Kirche selbst ist ein architektonisches Denkmal des 14. Jahrhunderts.

er Patriarchats, das augenblicklich vom exkommunizierten Filaret Denisenko geleitet wird. Der folgenschwerste Vorfall der vergangenen Zeit ereignete sich in der Gemeinde Taratscha der Belozerkowskaja Eparchie, wo die Filaret-Anhänger die Auferstehungskirche gewaltsam besetzten. Dies wurde, wie die Verfasser behaupten, nur mit Hilfe der Polizei möglich.

Es geht um den Vorfall, der in der Nacht zum 24. April passierte, als der Kirchenvorsteher Georgij (Tshetnjakinskij) in Anwesenheit der Polizisten von einer Gruppe unbekannter Zivilisten überwältigt wurde: man renkte ihm die Arme aus und warf ihn aus den Kirchengrundstück hinaus. Wie in dem Brief festgestellt wird, war die Kirchentür versiegelt und von den Polizisten bewacht.

Orthodoxe Organisationen erklären über Bedrückungen seitens der Macht

■ Über zehn orthodoxe gesellschaftliche Organisationen der Ukraine wandten sich an den Patriarchen Moskaus und ganz Russland Alexij II. mit einem Offenen Brief, in dem sie sich über Unterdrückung der kanonischen Orthodoxie in der Ukraine beschwerten.

Den Beweggrund liefern, nach den Worten der Verfasser, die Missachtung der Rechte der Gemeindemitglieder der Ukrainischen Orthodoxen Kirche durch Machtbehörden und Anhänger des nicht anerkannten Kiew-

Бюллетень Социал-демократической
партии Украины (Объединенной)

**Нарушение прав человека
и политические репрессии в Украине**

Июнь, 2005
(На немецком языке)

Художественный редактор *О. М. Говзан*
Корректор *Н. П. Степенко*

Свидетельство о внесении
в Государственный реестр издателей
серия ДК №669 от 14.11.2001 г.

Подписано в печать 05.07.05.
Формат 84x108 1/32. Усл. печ. л. 2,52.
Усл. краскоотт. 3,0. Уч.-изд. л. 3,59. Тираж 200 экз.

Напечатано с электронного оригинал-макета
Заказ №05-39

Издательство «Довіра»
ул. Киквидзе, 2/34, Киев-103, 01103

Нарушение прав человека и политические репрессии в
Н30 Украине: Бюл. Социал-демокр. партии Украины (Объед.) /
Редкол.: Л. М. Кравчук и др. — К.: Довіра, 2005. — 47 с.: ил.
ISBN 966-507-173-4

ББК 66.3(4УКР)6